N 20587 F

Fragen der Freiheit

Inflation und Vollbeschäftigung

Juli/August 1977 Heft 127

»Es gibt aber . . . noch einen anderen weniger bekannten Punkt: den Versuch, das Kapital auf dieselbe Stufe, wenn nicht höher zu stellen als die Arbeit. Die Arbeit, sagt man, könne nur in Verbindung mit dem Kapital existieren, niemand könne arbeiten, wenn nicht ein Kapitalist ihn zur Arbeit veranlaßt. Dann fragt man weiter, ob es besser sei, daß das Kapital Arbeiter mietet und sie freiwillig arbeiten läßt, oder daß es sie kauft und zur Arbeit zwingt. So schließt man, alle Arbeiter sind entweder gemietet oder Sklaven, und weiter, wer einmal ein Gemieteter ist, muß es sein Leben lang bleiben.

Dieses Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht, noch auch einen freien Mann, der lebenslänglich gezwungen wäre, Tagelöhner zu bleiben. Beide Hypothesen und alle Schlüsse daraus sind falsch. Erst kommt die Arbeit, das Kapital ist nur ihre Frucht und könnte ohne sie nicht existieren. Die Arbeit ist dem Kapital überlegen . . . Keiner von uns ist vertrauenswerter, als der sich von der Arbeit empor entwickelt hat; niemand ist weniger als er geneigt, etwas zu nehmen oder anzurühren, was er nicht ehrlich verdient hätte . . . Da die Arbeit eine gemeinsame Last unserer Rasse ist, so ist der Versuch, diese Last auf die Schultern des Andern zu schieben, der große, ewige Fluch unserer Rasse. Da die meisten guten Dinge durch Arbeit erzeugt werden, so folgt, sie sollten denen gehören, deren Arbeit sie erzeugt. Trotzdem haben zu allen Zeiten einige gearbeitet und andere faul einen großen Teil der Früchte genossen. Das ist ungerecht und sollte so nicht weitergehen. Jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit zu schaffen oder doch beinahe, soweit es eben möglich ist, das ist ein Ziel für jede gute Regierung . . .

Die Arbeit kommt vor dem Kapital, ist also unabhängig von ihm. Das Kapital ist die Frucht der Arbeit und könnte nicht existieren, wenn nicht die Arbeit vorher wäre. Arbeit kann ohne Kapital sein, aber Kapital nicht ohne Arbeit. Darum ist Arbeit dem Kapital immer weit überlegen«.

Abraham Lincoln

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 127

Juli/August 1977

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Felix G. Binn
Inflation und Vollbeschäftigung 3

Fritz Penserot
Dauervollbeschäftigung und Geldwertstabilität 27

Ernst Winkler
Zusammenfassung der Ergebnisse
– Kurzbericht über den abschließenden Vortrag anläßlich der Tagung »Inflation und Vollbeschäftigung« 45

Zeitkommentar

Fritz Penserot
Belebung der Nachfrage – aber wie? 50

Voraussichtlicher Veranstaltungskalender
für die Zeit Herbst 1977 bis Herbst 1978 60

Inflation und Vollbeschäftigung

– Die Bedeutung der Währungsordnung für eine ausgewogene sozial gerechte Marktwirtschaft –

Felix G. Binn

1.0 Gesellschaftlich-ökonomische Idealvorstellung

1.1. auf der Basis der Verfassung
1.2 bei der Bildung des Volkswohlstandes
1.3 der ökonomische Wunschzettel

2.0 Gesellschaftliche-ökonomische Realität

2.1 Die Krisen des 19. Jahrhunderts
2.2 Die Krisen des 20. Jahrhunderts
2.3 Die Entwicklung des Geldwertes in 100 Jahren

3.0 Systemimmanente Störungen als Auslöser für und Maßstab von wirtschaftspolitischen Maßnahmen

3.1 Der Lohn-Zinseinfluß
3.2 Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals
3.3 Liquiditätsvorliebe und Liquiditätsfalle

4.0 Der Fiskalismus

4.1 Zielvorstellung
4.2 Resultat der Stagflation

5.0 Der naive Monetarismus

5.1 Das ungelöste Mengenproblem
5.2 Das vernachlässigte Zirkulationsproblem

6.0 Der konsequente Monetarismus

6.1 Das Mengenproblem
6.2 Das Zirkulationsproblem
6.3 Die Prinzipientreue

* Vortrag – überarbeitete Fassung – gehalten anläßlich der Tagung des »Seminars für freiheitliche Ordnung« vom 20.–22. Mai 1977 in der Politischen Akademie Eichholz, Wesseling bei Bonn Thema: Inflation und Vollbeschäftigung

1.0 Gesellschaftlich-ökonomische Idealvorstellung

Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts!

Der Philosoph *Hegel* hatte die Vorstellung, dem menschlichen Geist entspringe die Idee. Diese Idee gewinne an Kraft und verändere die Welt. In dieser Vorstellung liegt der Ursprung des Begriffs »Idealist«. Ein halbes Jahrhundert solider Halbbildung hat aus dem Idealisten den Schwärmer, Utopisten gemacht, den Un-Vernünftigen.

Wollen wir ihn mit *Hegel* und G. B. *Shaw* wieder auf den Ehrenplatz stellen, der ihm gebührt.

> »Der vernünftige Mensch paßt sich der Welt an, der unvernünftige versucht, die Welt sich ihm anzupassen. Daher hängt aller Fortschritt von den Unvernünftigen ab«.

Der Unterschied zwischen beiden liegt wohl in erster Linie darin, daß hier ein Ideal, ein zu realisierendes Konzept vorliegt, dort die konzeptionslose Anpassung an Opportunitäten vorherrscht.

Auf das Thema bezogen, liegt es auf der Hand, daß es eines Ideals, einer Modellvorstellung bedarf, denn Politik heißt menschliches Handeln, und das Handeln bedarf der Orientierung. Besonders die Politiker in Demokratien müssen sich daran erinnern, sind sie doch allzuleicht geneigt, sich pragmatisch nach dem Votum der primitiv-hedonistischen Masse auszurichten.

Hier soll versucht werden, zunächst eine gemeinsame Minimalbasis zu erreichen. In den Verfassungen westlicher Demokratien sind *Freiheit, Gerechtigkeit, Humanität* und *Wohlstand* geläufige Vokabeln. Keine Gesellschaft, die mittelalterliche nicht, die kommunistische nicht und auch unsere kommt ohne das Korrektiv der *Ordnung* aus, mag es oft auch unterschiedlich interpretiert werden.

Diese so recht wahllos herausgegriffenen gesellschaftlich-ökonomischen Ziele gilt es konsequent und prinzipientreu zu verfolgen.

Der Atomphysiker und Naturwissenschaftler *Heisenberg* schrieb:

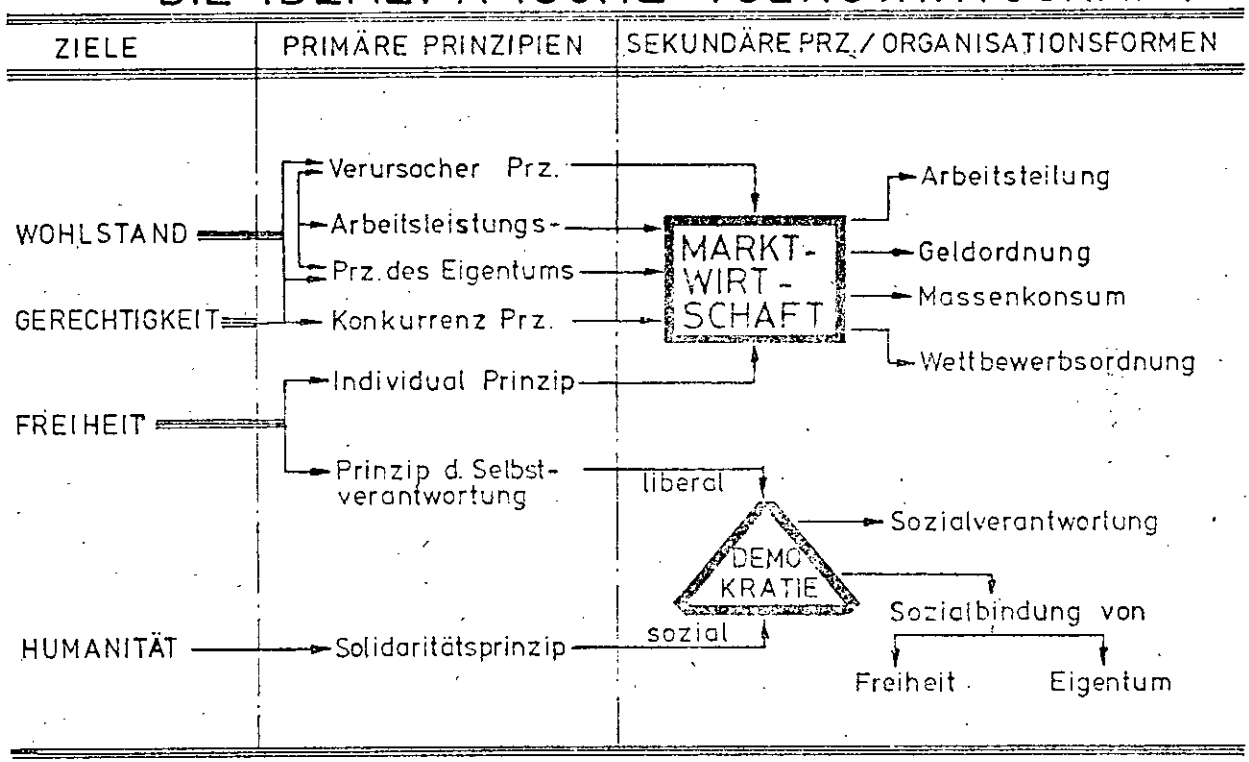
> Die alten Griechen hatten die Fähigkeit der prinzipiellen Fragestellung, was sie in der Art des Denkens von den anderen Völkern unterschied. Diese griechische Art der prinzipiellen Fragestellung und des praktischen Handelns hat in der Renaissance im Mittelpunkt unserer Geschichte gestanden und die moderne Wissenschaft und Technik hervorgebracht.

Man könnte hinzufügen: Die prinzipienlose Anpassungspolitik hat uns die Probleme beschert, die noch Gegenstand weiterer Ausführungen werden sollen.

Wir wollen sich teilweise ergänzende Prinzipien ähnlich den olympischen Ringen miteinander verflechten (Darstellung 1). Der Humanismus und

Darstellung 1

DIE IDEALTYPISCHE VOLKSWIRTSCHAFT



Liberalismus vertraten das *Individual*-Prinzip, dem das Prinzip der *Verursachung* und *Selbstverantwortung* sehr verwandt ist. Im Strafgesetzbuch und in der Umweltdiskussion ist das Verursacherprinzip be- und anerkannt, nur im ökonomischen Verteilungskampf um die Güter dieser Erde fehlt es noch an diesem naturrechtlichen *Ordnungsdenken.* Aus ihm folgt nämlich die Hochachtung vor der Arbeitsleistung und die Anerkennung des *Arbeitsleistungsprinzips,** woraus dann wieder der *Schutz* des so entstandenen *Eigentums* resultiert. Mit dem Individualprinzip haben wir gleichzeitig das Korrekturprinzip der *Konkurrenz.* Mögen wir auch Vorbehalte gegen seine Übertreibungsmöglichkeiten haben, bleibt doch zu berücksichtigen, daß Konkurrenz die ungewollte Tochter der Freiheit und die ungeliebte Mutter des Wohlstandes ist. Selbstverantwortung und *Solidarprinzip* stellen darüberhinaus noch eine Absicherung dar, etwa wie *Adam Smith* seine These vom fellow feeling verstanden hat.

Den so entwickelten primären Prinzipien folgen die sekundären. *Marktwirtschaft* und *Demokratie* bilden die Sammellinsen, in denen sich das Licht der vorher behandelten Ziele und Prinzipien sammelt und in neuer Gestalt heraustritt.

Arbeitsteilung und *Geldordnung* sind siamesische, untrennbare Zwillinge, die bei funktionierender Wettbewerbsordnung den Wohlstand und Massenkonsum ermöglichen.

Sozialverantwortung des Einzelnen und Sozialbindung von Freiheit und Eigentum gehen im System Hand in Hand nach dem Motto

Vertrauen ist gut,
Kontrolle ist besser.

Es kann nicht eindringlich genug auf die Negativ-Abgrenzung zum Kapitalismus hingewiesen werden. Definieren wir Kapital als »zinstragendes Eigentum« und Kapitalismus als »Zinswirtschaft«, dann liegt eine eindeutige Abgrenzung zur Marktwirtschaft vor. Die vorher entwickelte idealtypische Volkswirtschaft steht mit ihren Prinzipien diametral im Gegensatz zum Kapitalismus, mögen auch Sozialisten und Nobelpreisträger (Milton *Friedman)* keinen Unterschied machen. Die Absicht der Sozialisten ist klar: Differenziert man nicht, kann man die Fehler des Kapitalismus der Marktwirtschaft anhängen und die Beseitigung von beiden fordern.

Eine weitere Betrachtung mag uns das Ideal einer geordneten Volkswirtschaft als »ökonomische Basis« für den gesellschaftlichen »Überbau« verdeutlichen.

* Die übrigen sogenannten »Faktorleistungen«, – Boden und Kapital verfügbar zu machen gegen Bezug der Bodenrente und des Kapitalzinses – können hier nicht untergebracht werden. Zins und Rente sind keine leistungsbezogenen Einkommen, sondern Knappheitspreise!

»Alles auf der Welt entsteht aus Arbeit, und unsere Bedürfnisse sind die einzige Ursache für diese Arbeit«.

formulierte schon David *Hume* (1752).

Entstehen also auf diese Weise die Güter und Dienste, dann wird der nicht konsumierte Teil dem Kapitalstock einer Volkswirtschaft zugeschlagen. Die Zuwächse sind in der Ur-Wirtschaft bescheiden, in der Tauschwirtschaft größer, in der bislang krisengeschaukelten Geldwirtschaft beachtlich und in einer geordneten Geldverfassung nicht absehbar. (vergl. Darstellung 2)

Es wird hier nicht die Auffassung vertreten, damit könne man die Tuberkulose oder die Schlafkrankheit heilen, wohl aber, daß dann ein Infektionsherd für viele volkswirtschaftliche Störungen beseitigt sei.

Diese Störungen werden im volkswirtschaftlichen Wunschzettel als *»magisch« gekennzeichnet, somit implizierend,* der Wunschzettel des magischen Dreiecks (siehe Darstellung 3) könne nicht verwirklicht werden, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichenes Export-Import-Verhältnis schlössen sich aus. Nun gibt es ernstzunehmende neue Probleme, die zu den ungelösten alten Schwierigkeiten hinzutreten. Zwar ist die Forderung nach *Wachstum* kapitalismus-immanent und insofern nicht neu, aber die antinomischen Stimmen der *Umwelt*-Bewußten vergrößern die Orientierungslosigkeit. Der Ruf nach Zentralplanung wird laut und alarmiert die Verfechter der *Marktwirtschaft.*

In diesem Wirrwarr mag uns eine Hilfe sein, daß das »magische« Drei- oder Sechs-Eck unter der ceteris paribus-Klausel formuliert ist, was besagen soll, die angesteuerten Ziele seien »unter sonst gleichbleibenden Umständen« nicht zugleich realisierbar. Können wir aber auf keine Forderung verzichten und geraten immer mehr in Gefahr, muß die Frage nach den *gleichzubleibenden* Umständen erlaubt sein.

National und international sind die Probleme dieselben. Es entsteht die Frage nach den Möglichkeiten, die gleichzubleibenden Umstände prinzipiengetreu zu ändern.

> »Objektiv gesehen ist die absolute Armut eine anachronistische Tragödie unseres Jahrhunderts. Sie ist deshalb eine Tragödie, weil sie eine Lebensform darstellt, die jeder Menschenwürde spottet; sie ist deshalb anachronistisch, weil wir genügend Möglichkeiten in der Hand halten, um sie zu beenden.

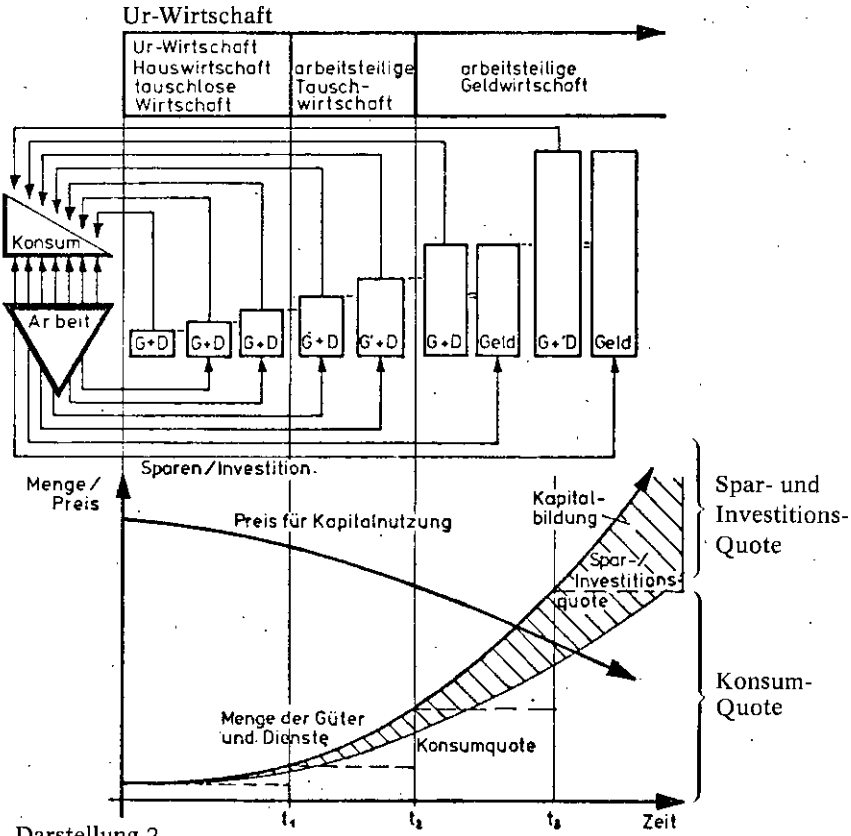
Diese Feststellung machte Mc Namara als Weltbankpräsident auf der Septembertagung 1976 in Manila.

Summa:

Auf der Grundlage eines Minimalkonsenses wurden die Prinzipien entwickelt, die unsere gesellschaftlich-ökonomische Praxis bilden. Der Kapitalismus ist nicht systemgemäß, der Real-Sozialismus noch weniger. Eine

Die Entwicklung des Volkswohlstandes

Ableitung der Quantitätstheorie



Darstellung 2

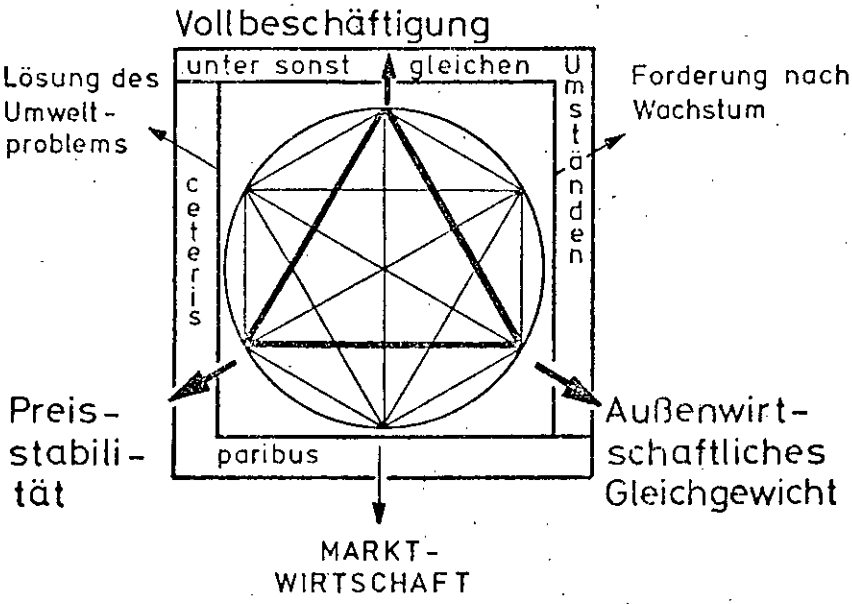
ungestörte Volkswirtschaft strebt aus sich heraus zu Wohlstand. In einer auf dem bislang höchsten Stand der Technik angelangten Gemeinschaft von Menschen wird die gleichzeitige Lösung gesellschaftsbedeutsamer Probleme als unmöglich bezeichnet, wobei die wahre Problematik hinter einer Fachvokabel verborgen bleibt. Das Ideal geht verloren!

2.0 Die Realität

»Etwas für unmöglich halten, führt dazu«
(Thomas Fuller)

Die »beschreibende Volkswirtschaftslehre« notiert im Zeitraum von 100 Jahren (1832–1932) zehn Hochkonjunkturen und zehn Krisen, woraus

DAS ERWEITERTE "MAGISCHE" DREIECK



Darstellung 3

These: Das magische Dreieck läßt sich nicht verwirklichen!

Anmerkung: Unter sonst gleichen Umständen (ceteris paripus) trifft dies zu.

im Durchschnitt ein Fünf-Jahres-Zyklus errechnet werden kann. (siehe Darstellung 4) Derartige Erscheinungen werden von den Menschen desto eher akzeptiert, je mehr sie im ständischen, mittelalterlichen Denken befangen sind und je weniger sie die Zusammenhänge verstehen. Auch hier gab es Vertreter der Wirtschaftswissenschaft, die diese Krisen naturwissenschaftlich deuteten und unter dem Mantel der Wertfreiheit nichts zur Wirtschaftsstabilität beitrugen. Der ökonomische Fatalismus der Laien ist zwar erklärbar, aber dennoch erstaunlich. Die »Insider« waren die wirklichen Herrscher, und wenn *Oncken* den Merkantilismus einmal eine »Fürstenwohlstandswirtschaft« genannt hat, könnte man das 19. Jahrhundert als eine »Insiderwohlstandswirtschaft« bezeichnen.

Die Krisenunterbrechung dauerte in den westlichen Volkswirtschaften genau so lange, wie das kapitalistische System durch Kriege und Zentralplanwirtschaft funktionsunfähig war. Mit dem System lebten die Krankheitssymptome wieder auf. (vergl. Darstellung 5)

Allerdings hatte sich die Landschaft verändert. Die standpunktorientierte Volkswirtschaftslehre machte sich bemerkbar, die Demokratien hatten sich gefestigt, bzw. begannen damit; Not und Wachstum bedingten sich und ließen die Krisen nicht so deutlich hervortreten. (Wirtschaftswunder der BRD) Der kapitalistische Infekt schwächte die Marktwirtschaft immer deutlicher, und jedesmal hatte man im Boom die Krise vergessen. Der Trend aber ist beunruhigend!

> *»Wenn jemand aus dem 10. Stock eines Gebäudes fällt, ist alles in Ordnung – bis er den Boden erreicht!«*
>
> (Jacques Rueff)

Das magische Sechseck ist auf zwei Probleme zusammengeschrumpft: Inflation oder Arbeitslosigkeit? Tbc oder Syphilis? An Gesundheit denkt wohl keiner mehr?

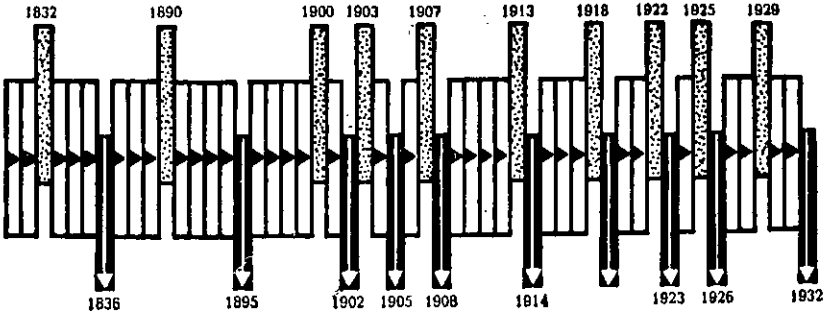
Um nur ein Beispiel zu nennen, sei auf die Kaufkraftentwicklung der Mark in den letzten 100 Jahren hingewiesen. (siehe Darstellung 6) Die Mark von 1876 war 1976 noch zwanzig Pfennige wert.

Hier haben wir den Prinzipienverstoß in nuce: der wichtigste Maßstab einer Volkswirtschaft wird systematisch verfälscht.

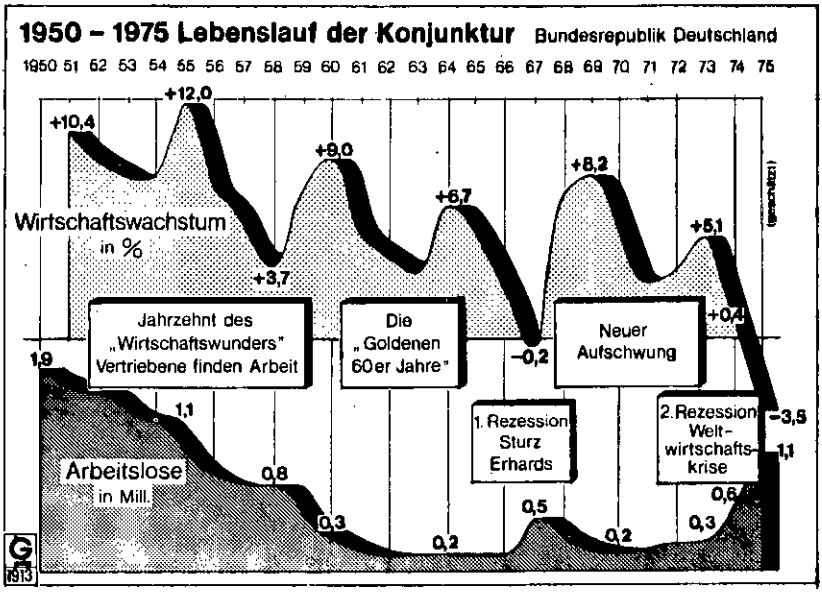
Man stelle sich ein technisches Jahrhundertwerk vor, wo zu Baubeginn im Fundament mit einem Meter von 100 cm und bei den letzten Fertigstellungsarbeiten mit einem Meter von 20 cm gerechnet wird. –?

Dieser Kaufkraftverfall ging noch mit In- und Deflation einher. Erstere begünstigte den Schuldner und Sachwertbesitzer – einschließlich des verschuldeten Staates –, letztere begünstigte den Gläubiger bzw. Geldwertbesitzer. Auf dem Klavier dieser Möglichkeiten vorteilhaft zu spielen, ist

Höhe- und Tiefpunkte der Konjunktur in Deutschland von 1880 bis zur Weltwirtschaftskrise



Darstellung 4

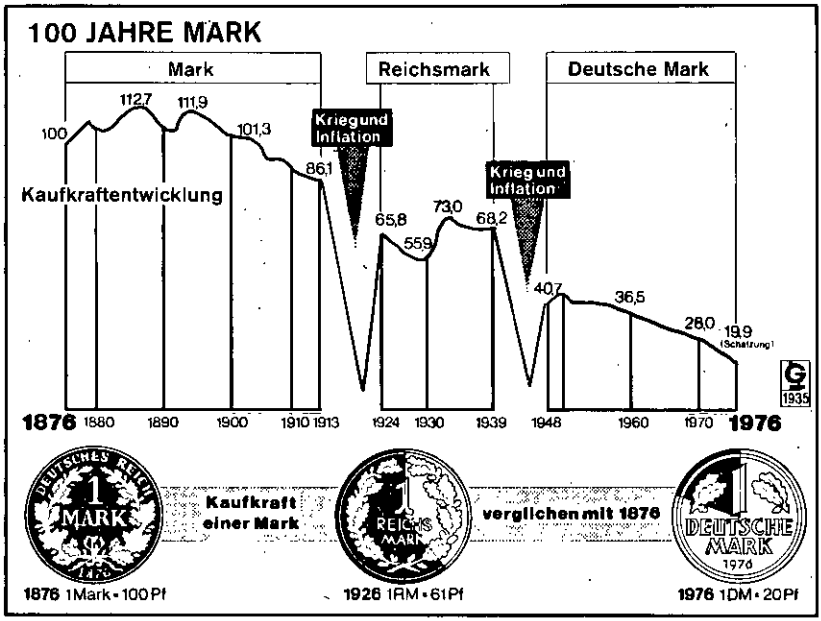


Darstellung 5

manchem Insider gelungen, der kleine Mann bezahlte dann für diese gesellschaftlichen Mißtöne mit Erspartem, mit seinem Arbeitsplatz, oft mit seiner ganzen kleinen Welt. Hier liegt eine der Wurzeln für die heute um sich greifende Staatsverdrossenheit, denn so blind ist niemand, daß er hier die eingangs erwähnten Prinzipien nicht verletzt sieht.

Summa:

Dem ökonomischen Ideal- und Orientierungszustand steht die Realität der letzten 100 Jahre entgegen. Zehn Hochkonjunkturen und zehn Krisen sind bis 1932 in Deutschland zu verzeichnen gewesen. Die letzten 25 Jahre ließen mit sechs Wirtschaftskrisen einen besorgniserregenden Trend erkennen. Arbeitslosigkeit und Geldwertverfall mit »säkularer Inflation« sind auf eine grenzenlose Prinzipien-Mißachtung zurückzuführen und wurden so systemwidrig zu korrigieren versucht, daß ein ganzer Rattenschwanz negativer Folgen und Folgefolgen entstand.



Darstellung 6

3.0 System-immanente Störungen als Auslöser für Mißbrauch von wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

> *»Ob es wohl 6000 Jahre alte Irrtümer gibt, ich meine solche, zu denen alle, auch die größten Geister Gevatter gestanden haben?*
>
> *Von der Antwort auf diese Frage könnte das Schicksal der Welt abhängen!«* (Hebbel)

In der Ur-Wirtschaft ist Produktion und Konsum deckungsgleich in derselben Person. Mit der Tauschwirtschaft beginnt die Trennung, und in der Geldwirtschaft können wir uns beide Bereiche als voneinander getrennte Zahnräder vorstellen, die nur noch durch ein mittleres, kleineres Zahnrad miteinander in Beziehung bestehen. Dieses mittlere Zahnrad bestimmt die Bewegung, die vom Konsum auf die Produktion ausgeht.

> *»Die einzige Absicht und das Ziel aller Produktion ist der Verbrauch.«* (Adam Smith)

Wir fragen nach über Geld. Nachfrage ist umlaufendes Geld, verkörpert in eben diesem erwähnten kleinen Zahnrad. Es ist seiner Konstruktion nach prinzipiell ca. diese 6000 Jahre alt, die im Hebbel'schen Zitat erwähnt werden. Wir mühen uns heute ab, ein so altes Geldsystem mit einem erst ca. 200 Jahre alten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Einklang zu bringen. Industrielle Produktion in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft fordert geradezu ein adäquates Geldsystem.

Hier soll versucht werden, begreiflich zu machen, welcher Art die Diskrepanzen sind.

Gehen wir von einer Marktwirtschaft aus, dann kommen wir an ihrer Zentralfigur, dem Unternehmer, nicht vorbei. Er denkt und arbeitet wie die meisten von uns: hedonistisch. Die für ihn betriebswirtschaftlich maßgebenden Kostenblöcke sind Löhne und Kapitalkosten.

Löhne werden gezahlt für die erbrachte Arbeitsleistung, sie werden zu Einkommen bei den Verbrauchern und kaufen volkswirtschaftlich die produzierten Güter und Dienste.

Die durchschnittliche volkswirtschaftliche Sparquote von 15% wird in diesem Bereich nicht erreicht, weil die Löhne vorwiegend konsumiert werden.

Der zweite große Kostenblock sind die Kapitalkosten. Sie sind – im Gegensatz zur Auffassung der herrschenden Volkswirtschaftslehre – kein Leistungseinkommen, sondern Knappheitspreis für induzierte Knappheit des Geldkapitals. Dem Kapitalgeber fließt auf diese Weise mehr Einkommen zu, als notwendig, zumal der Zinseszinsmechanismus für eine exponentielle

Steigerung und Konzentration dieser Einkommen sorgt. Diese Einkommen führen zu einer stets geringeren zusätzlichen Konsumausgabe. Die Sparquote ist höher als durchschnittlich! Diese Einkommen haben nicht Leistungs- sondern Ausbeutungscharakter, soweit sie über das von der natürlichen Knappheit gesetzte Maß hinaus gehen. Wie aus Darstellung 2 ersichtlich, ist mit steigendem Volkswohlstand und Kapitalstock ein tendenzieller Fall der Zinsrate unvermeidlich, sicher zum Leidwesen derer, die daraus ihren Lebensunterhalt – und mehr – bestreiten.

Der Zins ist in unserer Volkswirtschaft von einem passiven Knappheitsanzeiger für Kapital zu einem aktiv benutzten »ökonomischen Hebel« geworden, mit dem

der tendenzielle Fall der Zinsrate aufgehalten,
das Kapitalangebot gesteuert und
die Kapitalnachfrage korrigiert werden soll.

Diese natürlichen Marktmechanismen bei Kapital gilt es zu erkennen, denn hier liegt die Aktion, beim Unternehmer dagegen die Anpassung, die Re-Aktion.

Unter der Voraussetzung, daß Lohnkosten effektiv fix, außerdem volkswirtschaftlich begründet und für den Kreislauf notwendig sind, wird nun die Wirkung unterschiedlicher Zinskosten auf die Unternehmerentscheidung dargestellt.

Wird, wie in Darstellung 7 verdeutlicht, akzeptiert, daß knappes Kapital teuer und reichliches billig sein muß, wird unter sonst gleichbleibenden Umständen (ceteris paribus) eine vermehrte Menge von unternehmerischen Projekten bei sinkendem landesüblichen Zinsfuß verwirklicht werden können. Zusätzliche Investitionen wirken auf die Beschäftigung, das Güterangebot wird reichlicher, qualitativer, der Wohlstand steigt. Umgekehrt aber umgekehrt!! (siehe Darstellung 8)

Ein Teilaspekt der Darstellung 7 wird in Darstellung 8 zu Grunde gelegt. Bei einer Realverzinsung (Nominalzins ./. Inflationsrate) tritt ein legaler Anpassungsmechanismus der Kapitaleigentümer ein, den *Gesell* als »*Rentabilitätsgrenze*« und *J. M. Keynes* als »*Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals*« bezeichnete.

Wir unterscheiden hier zweckmäßigerweise stereotyp zwischen den Verhaltensmustern des »kleinen« und »großen« Mannes. Beide verhalten sich zinselastisch.

Der kleine Mann vermißt den hohen Zinsanreiz und ersetzt Sparen teilweise durch Horten. Als Ersatz für die Zinseinnahme entdeckt er die »*Liquiditätsvorliebe*«, das Vergnügen, liquide zu sein.

Die Haute Finance erachtet eine Rentabilität – ausgedrückt im landesüblichen Zinsfuß – auch nicht als ausreichend, wenn Kapitaltransfer in

andere Volkswirtschaften rentabeler ist. So weit so gut, zumal die herrschende Volkswirtschaftslehre hier den Segen der Kapitalfluktuation sieht, die, immer auf der Suche nach der höchsten Rentabilität, den größten Mangel beseitigt. Erhebliche Vorbehalte muß man aber machen, wenn aus Gründen der Zinselastizität eine Volkswirtschaft genau des Transmissionszahnrades zwischen Produktion und Konsum verlustig geht und ohne dieses Zahnrad Geldkapital die Wirtschaft völlig derangiert wird. Sinkende Investitionsneigung wegen steigender Liquiditätsvorliebe und Kapitalflucht führen zu steigendem Kapitalmangel und zum Konjunktureinbruch.

Beurteilen die Zentralbanken und Regierungen diesen Zustand als nicht wünschenswert, wird auf verschiedenen Wegen Geld in die Volkswirtschaft gepumpt in der Absicht, die ökonomische Aktivität wieder zu beleben. Der Unternehmer ist ja, wie dargelegt, bei sinkenden Kapitalkosten zu Investitionen eher geneigt als bei steigenden.

Auf den »funktionslosen Investor« *(Keynes)* wirkt die sinkende Zinsrate aber genau umgekehrt.

> *»Die Zinsrate kann verglichen werden mit der Luftklappe des Zimmerofens. Öffnen wir sie und steigern die Luftzufuhr, geht die Verbrennung schneller vor sich, vorausgesetzt, der Ofen brennt noch!*
> *Ist aber der letzte Funke erloschen, bewirkt jede beliebige Luftzufuhr garnichts mehr«.* (R. C. Hawtrey, 1938)

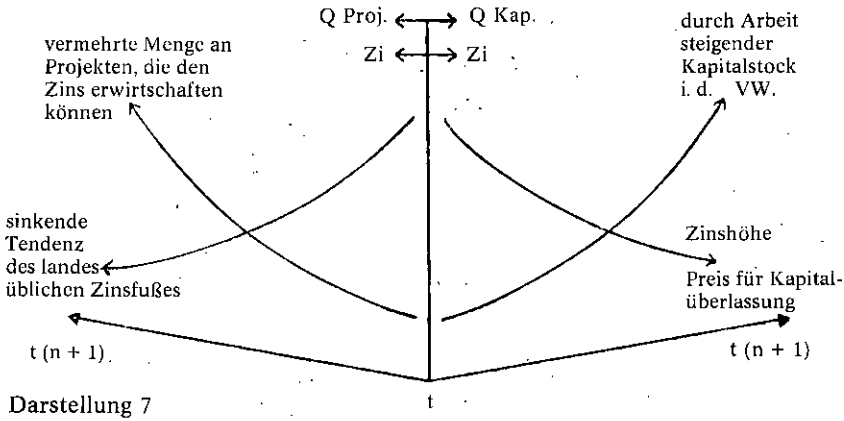
Bei Erreichen der *Rentabilitätsgrenze* ist der Ofen aus! Manipulationen mit zusätzlichem Geld bewirken keine zusätzliche sinvolle Aktivität, denn das neue Geld geht den Weg des alten, es verschwindet in der »liquidity trap«, der *Liquiditätsfalle (Keynes).*

Nach *H. H. Gossen* haben die Menschen den Hang zu konsumieren, bis Sättigung eintritt. Dann ist ihre Nutzengrenze erreicht und der Widerwillen tritt auf. Die Produktion wird jedoch schon viel früher eingestellt, nämlich an der Rentabilitätsgrenze des eingesetzten Kapitals, hier beginnt der Widerwillen des Kapitaleigners, denn der landesübliche Zinsfluß unter 3% signalisiert ihm: Hände weg!

Summa:

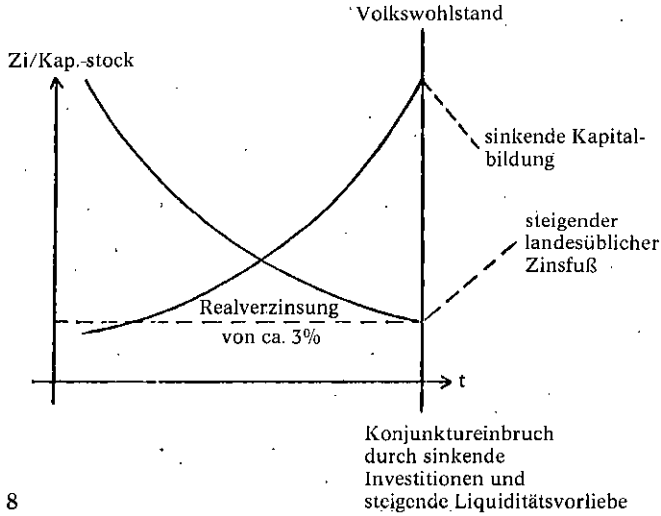
Wir stehen vor der Entscheidung: entweder erhalten wir dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, oder diese Geldverfassung. Die Diskrepanzen zwischen beiden werden immer deutlicher. Das Transmissionszahnrad des Geldes ist in dieser Form als unbrauchbar erkannt worden. Die fehlenden Zähne im Zahnrad heißen Rentabilitätsgrenze, Liquiditätsvorliebe und Liquiditätsfalle. Der landesübliche Zinsfluß bestimmt die Nutzengrenze des Kapitalgebers, nicht des Unternehmers und des Konsumenten.

Die Abhängigkeit der Zinshöhe von der Kapitalbildung und die sich daraus ergebende Projektrealisierung



Darstellung 7

Auswirkungen der Kapitalverzinsung auf die Investitionsneigung



Darstellung 8

Dennoch sind die letzteren vom Geldkapital abhängig. Wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen ihre Bewährungsprobe bestehen, *indem sie diese* Konstruktionsfehler der Geldverfassung beseitigen. Kosmetische Maßnahmen sind durch radikale (lat. radix = die Wurzel) zu ersetzen.

4.0 Der Fiskalismus

Herrschende Lehre + herrschende Wirtschaftspolitik = Stagflation

Lateinisch bedeutet Fiskus der Geldkorb. In der römischen Kaiserzeit bezeichnete er das Krongut. Heute verstehen wir darunter den Staat als Vermögenssubjekt des privaten Rechts.

> »Fiskalismus ist das Bestreben der staatlichen Finanzwirtschaft, möglichst hohe Einnahmen zu erzielen, ohne dabei unbedingt Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft zu nehmen«.

Diese Unterwerfung des Steuersystems unter den staatlichen Finanzbedarf hat absolutistisch-merkantilistische Tradition.

Den Fiskalismus über einen aktiven Staatsapparat gezielt einzusetzen, ist der vorherrschende Gedanke bei *Keynes*. Der Nachfrageausfall der Privaten soll kompensiert werden durch die Staatsnachfrage. (siehe Darstellung 9). Hier wird der zeitweilige Konjunktureinbruch akzeptiert. Die Maßnahmen des Fiskus sollen jedoch einen staatsgefährdenden Einbruch verhindern.

Ausgabenpolitik des Staates über Kredite (deficit spending policy) sollen aus der Produktion den Verbrauch anregen. Politik des billigen Geldes soll Konsumkredit und Investition beleben, Investitionsanreize verschiedener Art die Ertragsaussichten der Unternehmer stärken. Seit 35 Jahren sind ökonomische Impulse das Sesam-öffne-dich zum Zauberland des Konjunkturanstiegs gewesen.

> *»Wenn man einen ökonomischen Impuls auslöst, bedeutet das das Fallenlassen eines Streichholzes:*
> *Die Folgen richten sich nach der Natur des Materials, mit dem das Streichholz dann in Berührung kommt.«* (A. C. Pigou, 1927)

So, wie dieses Material aus einem Pulverfaß, einem Ballen Stroh oder einem Eimer Wasser bestehen kann, finden wir auch in der Volkswirtschaft entsprechende Situationen. Erst die letzten Krisen zeigten deutlich, daß das Streichholz ins Wasser fiel, vorher aber noch Rauch und Qualm erzeugte. In der ökonomischen Realität bedeutete das, die Negativwirkungen einer Geldspritze – Inflation – mit der Erfolglosigkeit des Bemühens –Stagnation – verbinden zu müssen. Stagflation war die Folge.

Vergleiche J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936

<table>
<tr><td colspan="4">Situation</td></tr>
<tr><td colspan="2">Boom</td><td colspan="2">Krise</td></tr>
<tr><td colspan="4">Analyse</td></tr>
<tr><td colspan="2">kumulierte, staatliche
+
private Nachfrage</td><td colspan="2">kumulativer Ausfall
staatlicher und
privater Nachfrage</td></tr>
<tr><td colspan="4">Therapie</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Verminderung
der staatlichen
Aktivität</td><td colspan="3">Staats-
interventionismus
durch</td></tr>
<tr><td>Deficit-
spending-
Policy</td><td>Politik
des
billigen
Geldes</td><td>An-
reiz-
politik</td></tr>
</table>

Analyse und Therapie nach Keynes Darstellung 9

Im Heimatland von Lord *Keynes* kam Premier *Callaghan* im September vorigen Jahres in einer Unterhausrede zu dem abschließenden Urteil über den Keynes'schen Fiskalismus:

> »Wir waren lange der Meinung, wir brauchten uns nur den Weg aus der Rezession durch Ausgaben zu erkaufen. Durch Steuernachlaß und überschäumende Staatsausgaben wollten wir die Beschäftigung steigern. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, daß diese Möglichkeeit nicht länger besteht, wenn sie überhaupt je bestanden hat. Alles funktionierte nur, wenn man eine hohe Inflationsdosis einem hohen Arbeitslosenpegel folgen ließ.
> Das ist die Geschichte der letzten 20 Jahre«.

Diese Wirtschaftspolitik nach der »Keynes'schen Botschaft« hat aber auch eine gesellschaftsverändernde Wirkung gehabt. Steuerquoten zwischen 20 und 30%, Staatsquoten zwischen 40 und 50% in westlichen Volkswirtschaften stimmen bedenklich, wenn man sie mit den eingangs erwähnten Grundsätzen vergleicht. Weitere »Erfolge« sind schwankende Investitionsneigung zwischen +25% und -25%, Konsumneigung zwischen 50/60

und 100/110%, Inflationsraten bis 25% und Arbeitslose in der Bundesrepublik 1 Million, in der EG 5 Millionen und in der OECD 15 Millionen. In der Bundesrepublik subventioniert der Staat ein Einkommen von tausend DM mit 261.- DM! In Bälde muß 14% des Sozialprodukts für die Staatsverschuldung aufgebracht werden.

Das ist in groben Zügen das Ergebnis der »Botschaft«!

Summa:

Verstand man unter Fiskalismus ursprünglich ein absolutistisches Einnahmen-maximierungsinstrument, so wandelt sich durch und seit Keynes der Fiskalismus, indem die Einnahmenkomponente beibehalten, die Ausgabenkomponente jedoch zum Ausgleich für die nicht kontrollierbare private Nachfrage wird. Die Zirkulationsstörung in der Konsum- und Investitionssphäre wird hingenommen. Der hohe Zins ist und bleibt die Belohnung dafür, daß das Geld im Wirtschaftskreislauf belassen wird. Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, Liquiditätsvorliebe und Liquiditätsfalle führen zum privaten Nachfrageausfall, werden jedoch über den dann einsetzenden Staatskonsum kompensiert. Die ökonomische Bilanz ist in allen westlichen nach Keynes geführten Volkswirtschaften nahezu gleich negativ. Die Prinzipienuntreue hat sich gerächt.

5.0 Der naive Monetarismus

> *»Es ist ein großer Unterschied, zwischen: etwas noch glauben und: es wieder glauben. Noch glauben, daß der Mond auf die Pflanzen wirke, verrät Dummheit und Aberglaube. Aber es wieder glauben, zeugt von Philosophie und Nachdenklichkeit«.*
>
> (G. Chr. Lichtenberg)

Setzt man in den ersten Teil des Zitats »Geldmenge« und »Geldwert« statt »Mond« und »Pflanzen«, so haben wir die bisherige Auffassung der herrschenden Volkswirtschaftslehre. Seit Milton Friedman gilt der zweite Satz des Zitates.

Diese Quantitätstheorie noch zu vertreten, war jahrzehntelang karriereschädlich, zeugte es doch von »Dummheit und Aberglaube«! Sie wieder zu vertreten »zeugt von Philosophie und Nachdenklichkeit«.

Friedman schlägt vor, mit beachtlichem Echo in der internationalen Wirtschaftspolitik, die Geldmenge der Volkswirtschaft für das nächste Jahr vorzugeben, damit sie in diesen monetären Mantel hineinwachsen kann. Außerdem verspricht er sich eine Disziplinierung der Tarifpartner, einschließlich des Staates, weil sich dann die Einkommenszuwächse an dieser vorgegebenen Geldmenge ausrichten müssen. Damit hat das va-banque-Spiel um die Zentralbankgeldmenge ein Ende und die »diskretionäre Geldpolitik« gehört der Vergangenheit an.

Kritisch ist zu diesem Konzept zu bemerken, daß Stabilität ein Kind des Zufalls sein wird, denn wenn das volkswirtschaftliche Wachstum den Geldmantel nicht ausfüllt, sind Inflation bei geringerem Wachstum und Deflation bei höherem Wachstum unvermeidlich. Da Deflation grundsätzlich strangulierend auf die Wirtschaft wirkt drosselt man auf diese Weise evtl. ein mögliches besseres Wirtschaftsergebnis. (vgl. Darstellung 10, Methode I) Wir nehmen die Volkswirtschaft an die Geldleine, machen das Geld wiederum zum Herrscher.

Die Ökonomie ist nicht für das Geld, sondern das Geld für die Ökonomie da. Wenn ein Müller seine Wassermühle durch den Mühlbach antreiben lassen will, kann er nicht bei jedem Hochwasser oder jeder Dürre seine Mühle mit Niveau verstellen und sie dem Wasserpegel angleichen. Dieses Verfahren gehört der Vergangenheit an.

Aber auch die im voraus fest regulierte Wassermenge wird dem Mühlenbetrieb nicht optimal gerecht. Es kann mehr oder weniger, langsamer oder schneller gemahlen werden müssen. Es muß der Wasserpegel nach den gegebenen Wirtschaftsbedingungen ausgerichtet werden können. Er muß genau stimmen und kann nicht schematisch nach Gefühl eingestellt werden. In dieser Schwierigkeit hilft dem Müller ein Pegelmesser, den es für Mahlergebnisse peinlich zu beachten gilt.

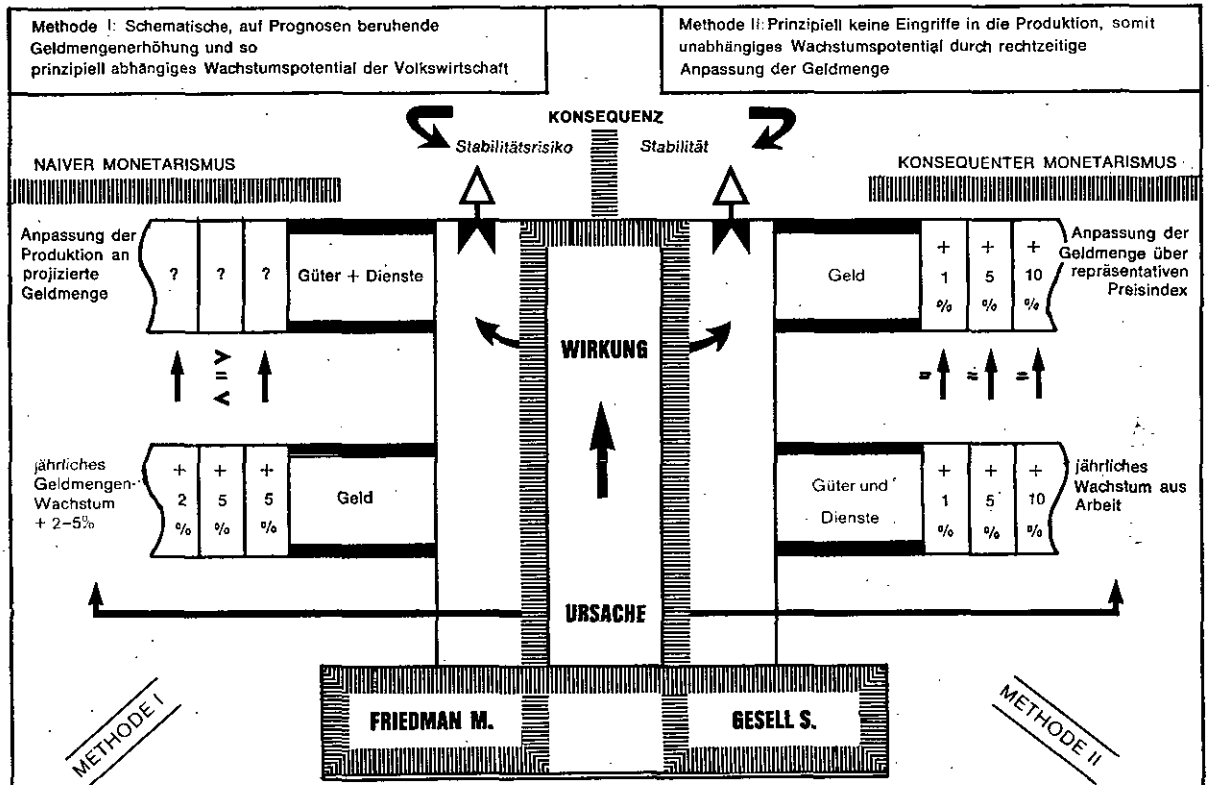
Ein Müller, der die Bewegung des Wassers, sein Gefälle nicht berücksichtigt, wird bald merken, daß er einen völlig nutzlosen Aufwand getrieben hat.

Aus dieser Parabel ist die Schwäche des Friedman'schen Konzeptes klar erkennbar. Quantitätsmäßig ist sein Konzept besser als die frühere Wirtschaftspolitik. Es sind jedoch Verbesserungen denkbar und notwendig. Der Pegel des Preisniveaus spielt bei ihm keine Rolle. Die Dynamik des Geldes wird zwar von ihm erwähnt, aber als quantité négligeable abgetan. Über den Einfluß, der von der Bewegung des Geldes, von der Geldverwendung ausgeht, schreibt Alvin Hansen 1949:

> »Kombinieren wir fiskalische und monetäre Maßnahmen durch die Kontrolle der Geldversorgung und der Zinsrate, bleibt immer noch die Frage, was die Öffentlichkeit zu diesem Zinsfuß mit dem Geld tut. Unter gewissen Umständen könnte Inflation die Wirkung sein, unter anderen Umständen eine Steigerung von Beschäftigung und Sozialprodukt«.

Summa:

Der Monetarismus beschert der alten Quantitätstheorie »eine einzigartige Renaissance«. Gemessen an der diskretionären Geldpolitik der Vergangenheit, ist Friedman's Konzept ein Fortschritt. Gemessen an der be-



Schematische Darstellung von Kausalität, Methode und Wirkung quantitätstheoretischer Maßnahmen bei M. Friedman und S. Gesell

reinigten Quantitätstheorie, wie sie durch *Gesell* entwickelt wurde, läßt es zu wünschen übrig. Das Geld kann nicht die Leine für die Bewegungsfreiheit der Wirtschaft sein, wobei Geldwertstörungen immer noch möglich sind.

Es fehlt an einem festen Maßstab für die notwenige Menge des Geldes und an der Berücksichtigung der Geldzirkulation.

6.0 Der konsequente Monetarismus

> *»Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen nicht zurande«.* (Goethe)

Erinnern wir uns an die Feuerprobe jeder neuen Wirtschaftspolitik: Beseitigt sie die kapitalismusimmanenten Störungen in unserer Geldverfassung? Diesem Ziel wollen wir uns schrittweise nähern.

Primäre Voraussetzung ist das stabile Preisniveau. Es ist in der Parabel die Wasserpegelmarke mit den optimalen Arbeitsbedingungen für die Mühle.

Meinte Keynes noch

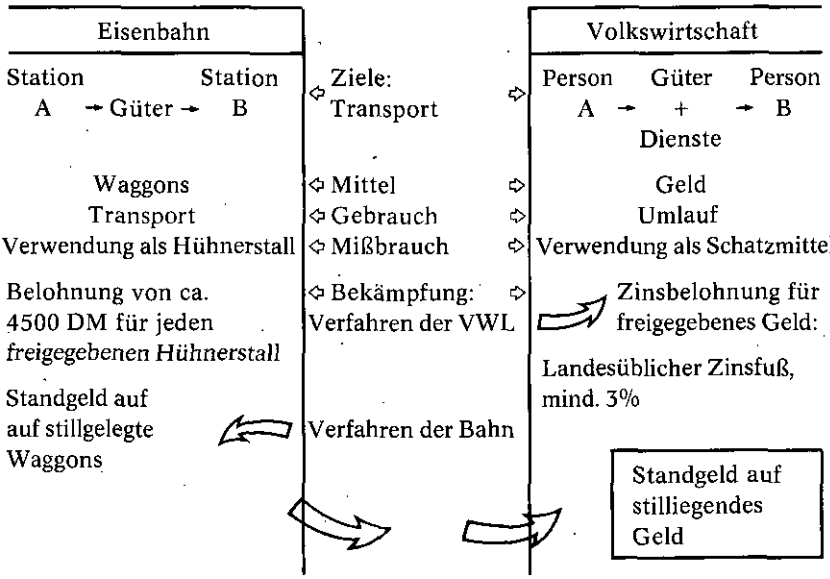
> »Von Bedeutung ist nicht irgendeine Abstraktion, allgemeines Preisniveau genannt, sondern die Beziehung zwischen den verschiedenen Preisebenen, die für viele verschiedene Zwecke den Wert unseres Geldes messen. Prosperität, soweit sie von monetären Faktoren bestimmt wird, hängt von diesen verschiedenen Preisebenen ab, die sorgfältig einander angepaßt sind«. (1931)

so wird hier die Meinung vertreten, daß die Stabilität des Lebenshaltungskosten-Index die Kaufkraftwahrung für den Verbraucher garantiert. Die »richtige« Geldmenge ist dann erreicht, wenn im Preisniveau Konstanz herrscht. Jedes Abweichen nach unten signalisiert Geldmangel, jedes Abweichen nach oben Geldüberschuß. Dem Müller stehen zu diesem Zweck Zufuhr- und Abfuhrschleusen zur Verfügung. Die Zentralbank hat die Instrumente der Offen-Markt-Politik, die kaum noch verbessert zu werden brauchen. Sicherlicch gibt es verschiedene Preisebenen, aber wir sollten sie dem Markt überlassen. Auch kann es nicht unsere Absicht sein, jede Preisbewegung mißtrauisch zu beäugen. Der Müller ist ja auch nur am Wasserspiegel-Niveau und nicht an jeder einzelnen Welle interessiert. Auch irgendwelche Störungen, die die Wirtschaft aus dem Realgüterbereich treffen, sollte der Markt bereinigen. Wir sollten diesen Schwierigkeiten aber nicht noch die monetären hinzufügen.

Wie schon erkannt, ist die Liquiditätsfalle das typische Beispiel dafür, daß auch Korrekturmaßnahmen für eine ungewünsche Geldfehlleitung nicht wirken. Rentabilitätsgrenze und Liquiditätsvorliebe sind die Gründe, warum

der Konsumneigungs-Index in den USA und der BRD zum Beispiel 50/60 in der Krise und 100/110 im Boom schwankt. Nur aus der Belohnung über *einen als angemessen hoch empfundenen Zins geht das Geld wieder in die* Zirkulation. Dazwischen liegt die Krise! Dieses Verfahren ist weder prinzipien- noch systemgerecht.

Die Eisenbahn mag uns als Beispiel für ein volkswirtschaftliches Modell dienen.



Darstellung 11

Wie wir sehen, sind die Aufgaben gleich. Gebrauchs- und Mißbrauchsmöglichkeiten entsprechen sich prinzipiell auch. Das Verfahren der Wirtschaft auf die Bahn üübertragen, würde die Baukosten eines vergleichbaren Hühnerstalls als Belohnung ausmachen.

Das Verfahren der Bahn auf stilliegendes Bargeld angewandt, würde hier für Bewegung sorgen. Das Bargeld wäre hier der olympischen Fackel vergleichbar. Sie soll schnellstens von Station zu Station laufen, weitergegeben werden! *Wer sie festhalten will, muß mit Brandblasen rechnen.* Die einzige – bezweckte – Sicherheit ist die Weitergabe an den nächsten.

Ökonomisch kommt eine weitere Sicherheit hinzu: Die Umwandler des Geldbesitzes in eine Geldforderung, Sparen genannt. Daß hier die Bank sich die Finger verbrennen kann, wenn das Geld bei ihr liegt, ist nur

konsequent, denn es soll ja umlaufen. Es liegt in der Zins-Preispolitik der Bank begründet, ob sie das Geld an jemanden weitergibt, der mehr als das »Standgeld« damit erwirtschaften kann. Banken leben bekanntlich nicht vom Zins, sondern von der Zinsspanne. Es wäre völlig unbedenklich, wenn sie auf ein Gebührensystem übergingen, denn ihre Dienstleistungen sind für unsere Wirtschaftsverfassung unentbehrlich.

Die kaufkraftstabile Ersparnis und die immer niedrigere Zinsbarriere gehen Hand in Hand mit der Krisenfreiheit. Der Unternehmer kann sich auf langfristig gleiche Gesamtkonsumneigung einstellen, braucht In- und Deflation nicht zu fürchten, kann Arbeitsplätze bereitstellen und wird nicht nur auf Lager produzieren, wenn er sein Handwerk versteht. Die Konsumkonstanz ist gesichert, weil sie dem Streben des Menschen entgegenkommt, weil das Geldhamstern aus Angst nicht mehr notwendig ist. Sollte er für sein Alter vorsorgen, ist ihm der Genuß seiner Ersparnisse garantiert. Sein Sohn kann bei diesem Zinsniveau selbständig werden, den Mittelstand stärken und so die Konzentration neutralisieren helfen.

Nun können wir beruhigt den Blick auf die Problemdarstellungen 1977 und die bekannten Grundlagenforderungen für eine freiheitliche Gesellschaft richten, und uns unsere Meinung bilden.

»Das Wesen des Wissens besteht in seiner Anwendung«.
(Konfuzius)

Summa summarum:

Wir gingen von einem Prinzipiensystem auf der Basis des Individualismus aus, weil wir erkannt haben, daß nur die »prinzipielle Fragestellung« eine Antwort auf die Probleme der Gegenwart bietet. Mühelos konnten unsere Vorstellungen von Marktwirtschaft und Demokratie im System untergebracht werden. Kollektivistische, zentralplanbestimmte Aspekte finden allenfalls subsidiär im Solidarprinzip Berücksichtigung. Kapitalismus, als Zinswirtschaft definiert, ist als systemfremd und systemzerstörend einzustufen. Aus der Arbeitsteilung über verschiedene Wirtschafts- und Entwicklungsstufen leiten wir den Volkswohlstand ab. Eine dienende Geldverfassung war vorausgesetzt. Schon bei der Betrachtung des magischen Dreiecks wurde die Basis des Systems als vertrauensunwürdig erkannt. Unser Geld gilt nicht und unsere Währung währt nicht. Die Erweiterung des Dreiecks auf sechs Problembereiche muß die Bankrotterklärung derer hervorrufen, die schon mit drei Problemen in der Vergangenheit nicht fertig wurden.

Befinden wir uns mit unserer Betrachtung im Zentrum des Eisberges, so zeigt die Konjunkturkurve der letzten 150 Jahre die Spitze. Im Durchschnitt wurde unsere Volkswirtschaft alle fünf Jahre von teils verheerenden

Konjunkturzyklen geschüttelt. Das gilt bis auf den heutigen Tag. Hier wird die These von der Primärkausalität der Geldordnung vertreten. Gehen wir dem Problem-Eisberg auf den Grund, so stoßen wir auf system-immanente, systembedrohende, dennoch legale, weil traditionsüberkommene Privilegien* aus vordemokratischer Zeit. Zu ihnen gehört ein mehrere tausend Jahre altes Geldsystem und eine antiquierte, nachmittelalterliche Bodenordnung.** Gehen wir von Leistung aus, wenn wir Einkommensabzug begründen wollen, dann können alle sonstigen, leistungsfremden Renteneinkommen nur so lange akzeptiert werden, wie sie die Arbeit (anderer) ermöglichen und auf natürlicher Knappheit beruhen. Alle Versuche, diese Knappheit künstlich aufrecht zu erhalten, sind prinzipienfremd. Wirken sie krisenauslösend, ist ihre Existenz unbegreifbar. Die Problematik liegt dennoch nicht – nach Marx – im Kapitaleigentum, sondern im Kapitalertrag! Geht diese natürliche Knappheit durch menschliche Arbeit ihrem Ende zu, verschwindet damit das Knappheitseinkommen, bzw. wird reduziert. Eine ewige, mühelose Rente aus dem Privatbodeneigentum wirkt dagegen immer wie ein Pfahl im Fleische.

Unternehmer reagieren kostenelastisch. Sind alle Kosten, bis auf den Zins, natürlich notwendig, muß hier die Variable gesucht werden, die parasitär das Unternehmereinkommen beschränkt, bzw. seine Tätigkeit behindert. Diese wiederum führt zu Investitions- und Arbeitsplatzrückgang.

Der Zins ist auch die bestimmende Größe für die reibungslose Zirkulation des Geldes im Konsumbereich, vorausgesetzt, er ist hoch genug. Der kleine Sparer und die Haute Finance sind zinselastisch und passen sich in gesamtwirtschaftlich schädlicher Weise durch Zirkulationsunterbrechung dem natürlichen Zinsverfall an, ihn so behindernd.

Der Fiskalismus versuchte, über steigende Staatsaktivität die privataktivität in solchen Fällen zu kompensieren. Ohne Erfolg. Krisenangst hinderten Konsumenten und Investoren bei niedrigem Zins und Geldfülle daran, das Geld zirkulieren zu lassen.

Der Monetarismus entdeckt den Vorteil der konstanten Geldversorgung für die Volkswirtschaft. Er löst das Geldmengenproblem jedoch nicht optimal und vernachlässigt die Zirkulation des Geldes. Von einem Kompaß für den richtigen währungspolitischen Kurs ist garnicht die Rede.

Alle diese Mängel sind im System der *Bereinigten Quantitätstheorie des Geldes* von Silvio *Gesell* schon seit der Jahrhundertwende bekannt und behoben.

Das anzukurbelnde Schwungrad für den Wirtschaftsmotor kann nur im Verbrauch liegen. Wir müssen die Angst der Verbraucher beseitigen, ihrem

* privare = rauben, lex = das Gesetz: gesetzlich erlaubter Raub

** Sie steht hier im Rahmen des Themas nicht zur Diskussion

Hang, Geld zu hamstern, entgegenwirken und für langfristig ungestörten Konsum sorgen, wollen wir nachhaltig die Investitionssphäre und den Beschäftigungsbereich fördern. Das Belohnungsprinzip des Zinses ist absurd, der Standgeldgedanke bei Eisenbahnwaggons konsequent, denn wer die Volkswirtschaft schädigt, sollte nach dem Verursacherprinzip behandelt werden.

Auch alle anderen eingangs erwähnten Grundsätze sind in diesem wirtschaftspolitischen Konzept optimal verwirklicht: aber nichts auf der Welt ist umsonst:

> Der Preis liegt im Abschied vom Privilegien-Liberalismus des 19. Jahrhunderts und seiner prinzipiengetreuen Ausgestaltung als Aufgabe des 20. Jahrhunderts!

Literatur:

F. G. Binn: Der konsequente Monetarismus

F. G. Binn: Keynes passé – Vivat Friedman?
erschienen in der Schriftenreihe der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e. V., Hamburg, »Mensch, Technik, Gesellschaft« (mtg), Sonderdruck und Heft Nr. 33

F. G. Binn: Vordemokratische Systemvorteile und demokratischer Liberalismus
in: Wirklichkeit und Wahrheit, Heft 4/76 der Freien Akademie, Osnabrück

Dauervollbeschäftigung und Geldwertstabilität*

Fritz Penserot

A. Der Ruf nach Veränderung

Wir stehen vor der Frage, ob unser System der Sozialen Marktwirtschaft und mit ihm unsere freiheitliche Demokratie überhaupt am Ende sind oder ob es noch Wege gibt, sie zu retten. Der Ruf nach Veränderung ist unüberhörbar. Die Arbeitslosigkeit droht zu unserem Schicksal zu werden. Wenn es uns nicht gelingt, sie in absehbarer Zeit – und auf Dauer – zu überwinden, und zwar mit marktwirtschaftskonformen Mitteln zu überwinden, wird unser Staatswesen mit dirigistischen Maßnahmen aller Art schließlich derart überzogen werden, daß für die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Sinne unseres Grundgesetzes kein Raum mehr bleibt.

So sagte zum Beispiel DGB-Chef Heinz Oskar Vetter im Spiegel vom 27. 12. 1976:

»*Es hat für Investitionen immer genügend Geld zur Verfügung gestanden. Wenn nicht investiert worden ist, dann aus anderen Gründen, aber nicht aus Geldmangel. Das läßt sich mit Gewinnen nicht machen. Aber eines müssen auch die Unternehmer ganz deutlich sehen:*
wenn die Soziale Marktwirtschaft als ordnendes System unserer Wirtschaft nicht in der Lage ist, sehr bald in gemeinsamen Anstrengungen die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, dann muß sich diese Soziale Marktwirtschaft die Frage stellen, ob sie als Ordnungssystem der Wirtschaft für die Zukunft vertretbar ist«.

Und einige Wochen später:

»*Unsere Staatsbejahung beruht in letzter Konsequenz darauf, daß dieses System in weiten Bereichen reformierbar ist.... Ist aus der Wirtschaft eine Angelegenheit der Gesellschaft geworden, dann brauchen wir nicht mehr die Lohnpolitik als Verteilungsinstrument*«.

Und noch erstaunlicher ist eine Stellungnahme der katholischen Seelsorger des Dekanates Saarbrücken-Malstatt-Burbach, im März 1977 von den Kanzeln der Kirchen verlesen (laut IHK-Information der IHK Koblenz, Mai 1977):

»*Wir sind nicht bereit, uns mit hohen Arbeitslosenquoten auf Dauer abzufinden, wie es die Unternehmer zu tun scheinen. Wir glauben nicht daran, daß Strukturmisère und Arbeitslosigkeit ein Naturereignis sind,*

* Vortrag, gehalten auf der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung, am 20./22. Mai 1977 in der Politischen Akademie Eichholz.

das alle überwältigt. Dahinter stecken gezielte Kämpfe, die auf dem Buckel der Kleinen ausgetragen werden. Das ist die Folge, wenn der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gebot der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht werden.

Die Wirtschaftskrise drängt uns zu der Frage, ob die sogenannte Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip der Wirtschaft noch in der Lage ist, ihrem Anspruch gerecht zu werden«.

B. Warum Marktwirtschaft?

Leider sagen weder Heinz Oskar Vetter und die katholischen Seelsorger aus Saarbrücken noch die zahllosen anderen Kritiker unserer Sozialen Marktwirtschaft, nach welchen anderen Ordnungsprinzipien als dem der Marktwirtschaft sie glauben, daß eine *Verwirklichung der Gerechtigkeit in der Freiheit«* (Proudhon) – und nur darauf kann es ja ankommen – noch möglich sein könnte. Es scheint deshalb angebracht, daß wir uns hier darüber klar werden, welche Wirtschaftsordnungsformen es überhaupt gibt.

Prinzipiell gibt es überhaupt nur zwei Wirtschafts-Ordnungs-Formen; den *Markt* und die *Bürokratie,* die Marktwirtschaft und die Zentralverwaltungs- oder Planwirtschaft; die prinzipielle Gleichrangigkeit aller Wirtschaftspartner einerseits und die prinzipielle Ein- und Unterordnung aller in die hierarchisch gegliederte Befehls- und Gehorsams-Wirtschaft der zentral gelenkten, staatlich oder mit staatlicher Unterstützung gesteuerten Bürokratie andererseits; die *Lenkung von unten,* von den zahllosen einzelnen Wirtschaftspartnern her oder die *Lenkung von oben,* von einer mit entsprechender Macht ausgestatteten Zentrale her; Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung.

In der *Zentralverwaltungswirtschaft* stellt die Zentrale – und nur sie allein – den Gesamtplan für die gesamte Wirtschaft auf und sorgt für die Einhaltung und Durchführung dieses Planes bis hinunter in die untersten Ränge dieser Befehls- und Gehorsamspyramide. Innerhalb der Zentralverwaltungswirtschaft kann es deshalb prinzipiell keine dispositive Selbständigkeit geben, sondern nur »operative« Selbständigkeit. In der Zentralverwaltungswirtschaft gibt es nur Betriebe, jedoch keine Unternehmen, denn »Unternehmer« ist allein die lenkende Zentrale, die praktisch identisch ist mit der Zentralregierung des Staates. Nicht die Haushalte und Betriebe stellen ihre Wirtschaftspläne selbständig auf, und die Koordination der Pläne erfolgt nicht auf den Märkten durch Preise, die sich im Wege des Wettbewerbs der Anbieter untereinander und der Nachfragen unter-

einander herausbilden, sondern die Zentrale entscheidet verbindlich darüber, was, wann, wo, wieviel und wie produziert wird und wie die Verteilung erfolgt.

In der *Marktwirtschaft* hingegen erfolgt die Lenkung des gesamten Wirtschaftsgeschehens durch die zahllosen Einzelnen, die mittels ihrer Nachfrage mit Geld bestimmen, was, wann, wo, wieviel, in welcher Qualität, zu welchen Bedingungen konsumiert und folglich produziert wird. Durch den Wettbewerb, im Wege von Angebot und Nachfrage vollzieht sich die Koordination der gesamten Produktion und des gesamten Konsums ohne jeden Eingriff einer übergeordneten Instanz praktisch »wie von selbst«. Güterproduktion und Güterverbrauch sind dem individuellen Ermessen und den individuellen Möglichkeiten der Wirtschaftssubjekte vollkommen überlassen, wobei die dispositive Selbständigkeit zahlloser Unternehmer das entscheidende Merkmal der Marktwirtschaft ist. Die selbständigen Unternehmen, auf welcher Stufe auch immer, aber auch die Selbständigkeit jedes einzelnen Arbeiters, die freie Verfügbarkeit jedes Einzelnen über seinen Beitrag zur Produktion spielen in der Marktwirtschaft die hervorragende Rolle und kennzeichnen die freie Marktwirtschaft schlechthin.

Soweit es sich um die *Leitsungsfähigkeit* der beiden Wirtschaftsordnungen handelt, besteht überhaupt kein Zweifel darüber, daß die Marktwirtschaft der Zentralverwaltungswirtschaft in jeder Hinsicht haushoch überlegen ist, wie auch bereits der oberflächlichste Vergleich der Wirtschaft des Westens mit der des Ostens zeigt. Und dies ist auch allein schon deshalb der Fall, weil in der *Marktwirtschaft Millionen von Einzelinitiativen* auf Grund von Einzelinteressen wirksam werden, wohingegen in der *Zentralverwaltungswirtschaft* alle *Impulse allein von oben* ausgehen und mit Hilfe eines riesigen, schwerfälligen Apparates nach unten durchgesetzt werden müssen – allzu oft gegen die persönlichen Interessen und Ziele der Millionen Befehlsempfänger unten.

Es kommt ein zweites, noch Wesentlicheres hinzu: in der *Marktwirtschaft* findet das Bestreben der Menschen nach persönlicher Entfaltung, nach Selbstbestimmung, nach Freiheit – soweit es sich um wirtschaftliche Tätigkeit handelt – prinzipiell weitgehend seine ihm gemäße Erfüllung. Die Ordnung der Marktwirtschaft und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres *Grundgesetzes* entsprechen einander in jeder Hinsicht, die gesetzlich fixierten Grundrechte unseres Grundgesetzes finden in den Grundprinzipien der Marktwirtschaft ihre direkte Entsprechung.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 GG), deren eigentlichster Inhalt Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Person sind; Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Menschen (Art. 2 GG); Die Gleich-

heit aller Menschen vor dem Gesetz (Art. 3 GG); die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4) und die Meinungs-, Informations- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 GG); die Freizügigkeit (Art. 11); die Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Art. 12); und schließlich das Recht auf Eigentum und das Erbrecht (Art. 14 GG). Alle diese Grundrechte aller Menschen sind zugleich auch die rechtliche Grundlage der Marktwirtschaft – wohingegen alle diese *Menschenrechte im Bereiche der Zentralverwaltungswirtschaft eingeschränkt* oder ganz aufgehoben sind. Mit der Folge, daß im Bereiche einer Zentralverwaltungswirtschaft von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung nicht im entferntesten die Rede sein kann.

Insofern ist es völlig unerfindlich, wie Heinz Oskar Vetter oder gar die Seelsorger vom Dekanat Saarbrücken überhaupt auf die Idee kommen können, die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip in Frage zu stellen. Denn gerade ihnen geht es doch in allererster Linie um den Menschen selbst, um *Humanität,* um Überwindung der Entfremdung, um Brüderlichkeit, deren eine Grundbedingung doch in jedem Falle die *Anerkennung der Individualität* des anderen ist.

Wer also die freie Entfaltung der Persönlichkeit will – und das wollen wir letztlich alle –, der muß folglich auch die Marktwirtschaft wollen.

Um nun nicht mißverstanden zu werden: nicht die freie Marktwirtschaft als solche ist das *Fundament unserer Demokratie;* sondern unsere freiheitliche *Verfassung,* die unabdingbar den Menschen in den Mittelpunkt aller staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bemühungen stellt, ist das Fundament unserer Demokratie. Aber genau diese freiheitliche Verfassung beinhaltet, daß die Menschen auch im Bereiche der Wirtschaft die Möglichkeit zu ihrer freien Entfaltung haben müssen – »soweit sie nicht die Rechte anderer verletzen und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung . . . verstoßen«. Diese *Interdependenz* der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Grundordnung der Marktwirtschaft ist in der Tat unaufhebbar. Das eine geht nicht ohne das andere. Wer den Rechtsstaat aufhebt, hebt zugleich die Marktwirtschaft auf, und wer die Marktwirtschaft abschafft – durch welche Art von dirigistischen Eingriffen auch immer –, zerstört zugleich wesentliche Bestandteile unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Wenn das aber so ist, woher kommt dann die zunehmende Kritik an der Marktwirtschaft und ggf. die Bereitschaft, sie rundweg abzuschaffen?

C. Die Ursache der Arbeitslosigkeit

Unsere Marktwirtschaft funktioniert nicht so, wie sie funktionieren müßte, wenn die große Menschheitsforderung nach »Verwirklichung der

Gerechtigkeit in der Freiheit« (Proudhon) allseits erfüllt sein soll. Noch immer werden die Reichen reicher, setzt sich die *Kapitalkonzentration* in den Händen relativ Weniger fort, während die weit überwiegende Mehrzahl der Nichtselbständigen kaum über einen bescheidenen Wohlstand hinauskommt und von der Wiege bis zur Bahre von den Einrichtungen des Sozialstaates abhängig bleibt und – überdies – den mit der Abhängigkeit verbundenen Zustand der *Entfremdung* nur allzu häufig nicht überwinden kann. Ferner ist ganz offensichtlich das *Konjunkturproblem* bis zum heutigen Tage nicht gelöst. Noch immer wechseln Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs mit solchen der Rezession ab; Zeiten der Vollbeschäftigung mit solchen der Arbeitslosigkeit und mit allen weiteren Folgen, die sich daraus ergeben.

So kann es denn scheinen, daß der von Karl Marx behauptete »*Grundwiderspruch« zwischen Kapital und Arbeit* unverändert fortbesteht; daß die einzige Möglichkeit, diesen »sozio-ökonomischen Konflikt zwischen dem Profitinteresse des Eigentümer-Kapitalisten einerseits und dem Bedürfnisbefriedigungsinteresse der besitzlosen Arbeiterschaft andererseits« (Johannes Agnoli) aufzulösen, darin bestehe, das Eigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen und in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

Und in der Tat sind soche Überlegungen auch heutzutage noch durchaus virulent, wie die eingangs vorgetragenen Zitate und wie der Streit zwischen SPD und den Benneter-Leuten gerade in diesen Tagen zeigen. Ja, der STAMOKAP-Flügel in unserer extremen Linken geht sogar soweit, daß er behauptet, auch heute noch sei unsere gesamte freiheitlich-demokratische Grundordnung – Verfassung, Rechtsprechung, Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung, Erziehungs- und Bildungswesen usw. – von den kapitalistischen Interessen usurpiert, in deren Sinne durchideologisiert und in das kapitalistische System integriert, um für alle Zeiten das kapitalistische 'Ausbeutungssystem' aufrecht zu erhalten.

Wir wissen, wie unhaltbar diese Behauptungen – zumal der SPD gegenüber – sind, ganz abgesehen von der prinzipiellen Aussichtslosigkeit, durch eine »Veränderung« unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, durch staatliche Investitionslenkung, durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die damit zwangsläufig verbundene staatliche Lenkung der gesamten Wirtschaft ein auch nur halbwegs so freiheitliches, gerechtes und leistungsfähiges Gesellschafts- und Staatswesen zu errichten, wie es das unsrige ist.

Trotzdem: es bleibt die Tatsache, daß wir bis zum heutigen Tage mit dem zentralen Problem des *Kapitalismus*, der *Überlegenheit der Kapital-Seite über die Arbeits-Seite,* der *Kapitalkonzentration* in den Händen Weniger, den immer wiederkehrenden *Wirtschaftskrisen* und der dadurch

verursachten *Arbeitslosigkeit,* ja schließlich der *Entfremdung* des Menschen von sich selbst, nicht fertig geworden sind – mag auch unser »Soziales Netz« noch so sehr darüber hinweg täuschen. Es bleibt die Tatsache, daß die »Gerechtigkeit in der Freiheit«, *die volle »Gegenseitigkeit« in der Marktwirtschaft noch nicht verwirklicht* sind.

Die Bedeutung des Geldwesens für die Marktwirtschaft

Da in der Marktwirtschaft die Abstimmung aller Einzelpläne der zahllosen Wirtschaftssubjekte ausschließlich mittels der Preise in Geld erfolgt; da also das Koordinationsmittel der gesamten Produktion wie der gesamten Nachfrage ausschließlich das Geld ist, kommt der *Funktionsfähigkeit des Geldwesens* in der Marktwirtschaft eine überhaupt nicht zu unterschätzende, letztlich alles entscheidende Rolle zu. Der Markt funktioniert nur dann reibungslos, wenn niemand Marktmacht besitzt; wenn keiner der Marktteilnehmer sich in irgend einer Weise in einer den Markt beherrschenden Position befindet; wenn es keinerlei Art von Monopolposition auf dem Markt gibt oder auch nur geben könnte. Grundbedingung einer wirklich freien, jeden einzelnen Marktteilnehmer vollkommen frei lassenden Marktwirtschaft ist daher also die *»Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz«* (Walter Eucken). Nur bei vollständigem, freiem, machtfreiem Wettbewerb ist das Preissystem voll funktionsfähig. Die Herstellung eines solchen wirklich funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz – das Walter Eucken *das »wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip«* der Marktwirtschaft genannt hat – ist aber nur möglich, wenn auch die Währung, das Geldwesen voll funktionsfähig ist, worauf *Walter Eucken* ebenfalls in gleich eindringlicher Weise in seinen »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« hingewisen hat:

»Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einem dauernden Wechsel der Konjunkturen, das heißt in Inflation und Deflation umzuschlagen«.

Damit ist nun zweierlei klar:

Erstens, die freie Entfaltung des Menschen ist nur unter Verfassungsbedingungen möglich, in denen auch die Wirtschaftsordnung der freien Marktwirtschaft gewährleistet ist. Zweitens, von einer freien Marktwirtschaft kann erst die Rede sein, wenn auch das Koordinationsmittel der Wirtschaft, das Geldwesen, voll funktionsfähig ist.

Hier ist übrigens die Ursache für ein großes, ja fatales Mißverständnis zu suchen, auch auf Seiten namhafter Wissenschaftler: sie verwechseln freie Marktwirtschaft

mit einer Wirtschaft, in der Macht und Willkür Tür und Tor geöffnet ist, wohingegen wir unter freier Marktwirtschaft nur eine solche Wirtschaftsordnung verstehen, in der gerade jede Macht und Willkür, jedes Übergewicht des einen Wirtschaftspartners über den anderen durch die Ordnung als solche ausgeschlossen sind. Nur eine tatsächlich monopolfreie Marktwirtschaft verdient das Etikett »sozial«.

Welche befreiende Wirkung eine solcherart freie Marktwirtschaft hat, hat einmal *Dr. Christian Schwarz-Schilling* auf dem Höhepunkt der Erhard'schen Erfolge wie folgt geschildert:

»Ohne Zweifel ist es aber erst die Vollbeschäftigung, die den Einzelnen in seiner Rolle als Arbeitnehmer am Erfolg der Marktwirtschaft wirklich teilhaben läßt. Keine Maßnahme hat nachhaltiger und durchschlagender die Position des Arbeitnehmers im Betrieb verbessert und gestärkt als die Übernachfrage nach Arbeitskräften. Wenn wir unsere Marktwirtschaft heute zu Recht als soziale auch in diesem Sinne bezeichnen können, dann in allererster Linie auf Grund der Vollbeschäftigung. Lassen wir uns über den gewiß lobenswerten Anstrengungen sozialpolitischer Art nicht vergessen, daß wir die gewünschte und angestrebte Humanisierung der betrieblichen Beziehungen in allererster Linie der Vollbeschäftigung zu verdanken haben. . . . Nur die Vollbeschäftigung – neben anderen Maßnahmen sozialpolitischer Art – befriedigt das elementare Sicherheitsbedürfnis, das der Mensch in abhängiger Stellung – und letztlich sind wir das alle – dringend braucht.

»Die Erfolge, die durch den Seltenheitswert der Arbeitnehmer erreicht wurden, sind Legion. . . . Das wichtigste scheint mir das wachsende Selbstbewußtsein aller Arbeitnehmer zunächst gegenüber der Unternehmensführung, aber darüber hinaus auch gegenüber der übrigen sozialen Umwelt zu sein. Eine wesentliche Voraussetzung ist hierfür die tatsächlich vorhandene und nicht nur theoretisch gegebene Konkurrenz auf der Arbeitsangebotsseite, das heißt der Vielfalt von Herrschaftsstrukturen, die sich dem Arbeitnehmer gegenüber als Wahlmöglichkeiten anbieten. Gerade diese Bedingung, welche eine einseitige Machtkonzentration gegenüber dem Arbeitnehmer verhindert, ist außerhalb einer Marktwirtschaft nicht zu erfüllen.

»In einer zentralen Verwaltungswirtschaft steht dem Arbeitnehmer immer und überall ein einziger Arbeitgeber gegenüber: die staatlich gelenkte Instanz. Da dieser Arbeitgeber auch auf fast allen anderen Lebensbereichen, seien es nun das Erziehungs- und Bildungswesen, Verwaltung, das Militär oder die politischen Institutionen, die Herrschaftsausübung für sich in Anspruch nimmt, ist hier der Arbeitnehmer hoffnungslos einem allgewaltigen Monopolapparat ausgeliefert«.

Und man kann hier noch hinzufügen: wenn wir eines Tages Dauer-

vollbeschäftigung bei stabilem Geldwert hätten, dann wäre dadurch auch in kurzer Zeit das so schwerwiegende Entfremdungsproblem gelöst. Denn – wie es sich in Ansätzen schon vor der Rezession von 1967 gezeigt hat – die Vollbeschäftigung hätte einen völligen *Wandel in unserem* derzeitigen *Arbeitsverhältnis* zur Folge (vorausgesetzt daß nicht durch erneute Mobilisierung der »internationalen Arbeitslosenarmee« der Mittelmeerländer Millionen von Gastarbeitern in die Bundesrepublik strömten und auf das Lohnniveau drückten): die relative Knappheit an Arbeitskräften würde – bei erreichter Dauervollbeschäftigung – das derzeitige Übergewicht der Unternehmer- genauer Kapital-Seite beseitigen und diese veranlassen, ihre Angestellten und Arbeiter zu echten Partnern in ihren Betrieben zu machen. Dann erst wird der so hoffnungsvolle *Partnerschaftsgedanke* Aussicht haben, in allen Betrieben in kurzer Zeit Eingang zu finden, womit zugleich die Probleme der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und der Mitbestimmung in organischster Weise gelöst wären.

Soweit Schwarz-Schilling. Aber auch er hat über die Ursachen der Vollbeschäftigung bzw. der Arbeitslositgkeit nichts gesagt, so deutlich er auch dargelegt hat, welche befreiende Wirkung die Dauervollbeschäftigung zeitigt.

Worauf beruht die Vollbeschäftigung? Mit einem Satz: Vollbeschäftigung ist gegeben, wenn alle Menschen eines Wirtschaftsgebietes ihre finanziellen Einkünfte in genau demselben Zeitraum wieder ausgeben oder anderen zum Ausgeben zur Verfügung stellen, in dem sie sie bezogen haben – ganz gleich ob es sich um Löhne, Gehälter, Gewinne, Renten, Dividenden, Mieten, Pächte oder um Staatseinnahmen aus Steuern, Abgaben, Zöllen usw. oder was sonst immer handelt. *Der Rubel muß rollen.* Denn all den genannten Einnahmen in Geld stehen direkt oder indirekt Leistungen in die Wirtschaft hinein, *in* die Produktion hinein gegenüber. Wie schon *Jean Baptiste Say* festgestellt hat: »*Die Produktion schafft sich ihre Nachfrage selbst*«. Denn jede Leistung *in* die Produktion hinein (Produktion im weitesten Sinne aufgefaßt, also einschließlich aller Dienstleistungen usw.) – ob durch Arbeit oder durch Zurverfügungstellung von Material oder Kapital oder Grund und Boden – wird ja entlohnt oder bezahlt, sodaß der *Gesamtbetrag der Produktion* exakt dem *Gesamtbetrag der dafür aufgewendeten finanziellen Mittel* entpricht. Die Gesamtwaren- und Dienstleistungsmenge ist ganz genau so groß wie die Gesamtsumme der Bezüge für alle diese verschiedensten Leistungen. Wie auch schon *Proudhon* sagte: »*Verschafft der Volkswirtschaft einen geschlossenen Kreislauf – und die Arbeit ist vernunftgemäß geordnet*«. Genau dies ist es, was John Maynard *Keynes* mit dem Wort gemeint hat (und nach ihm ganze Generationen von Keynesianern bis hin zu *Karl Schiller* und *Klaus Dieter Arndt): Darauf, daß alle Geld-*

einkünfte zur Wirksamen Nachfrage werden, darauf kommt es entscheidend an.

Das Mittel aber nun, das Waren- und Dienstleistungsproduktion mit dem Waren- und Dienstleistungsverzehr verknüpft, *das Geld*, ist, im Gegensatz zur Ware, in der Lage, sich dem für die Dauerkonjunktur (und damit Dauervollbeschäftigung) notwendigen Kreislauf zu entziehen. Das Geld kann sich, auf Grund seiner Unverderblichkeit im Vergleich zur Ware, seiner Tauschmittelfunktion entziehen. Es kann »gespart« werden. Es *kann »warten«*. Das aber bedeutet, wenn nicht ein anderer dieses Geld borgt und in Umlauf bringt, *Nachfrage-Ausfall.* Ein Teil der produzierten Güter bleibt unverkauft. Solange das Geld über Sparinstitute, Banken usw. anderen zur Verfügung gestellt und wieder ausgegeben wird, bleibt seine Tauschmittelfunktion erhalten. Genau dies aber ist keineswegs immer der Fall. Das Geld kann warten und sich nur dann als Kaufgeld wie als Kapital zur Verfügung stellen, wenn ihm dafür eine Prämie, der *Zins*, gezahlt wird. *Die Überlegenheit des Geldes über die Ware ist die ursprüngliche Ursache des Zinses.* Und ferner: wo immer jemand Geld braucht – speziell für Investitionen irgendwelcher Art –, es aber borgen muß, ist der Geldverleiher am längeren Hebelarm und verlangt seinen Zins. Zins aber heißt: müheloses, arbeitsloses Einkommen. Wer über Geldkapital verfügt, ist in der glücklichen Lage, zu existieren, ohne zu arbeiten. Er kann von der Arbeit anderer leben.

Hier ist die *»Gegenseitigkeit«*, die »Gleichheit im Geben und Nehmen«, die »Tauschgerechtigkeit«, die »Büderlichkeit«, die »soziale Gerechtigkeit« *nicht gewahrt.* Und es gibt bislang keine gesetzliche Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern.

Doch weiter: Zins verlangen und den Zins aufbringen, ist ein Unterschied. Der *Zins*, der aus der Verwertung des Realkapitals (Fabriken, Handelsläger usw.) aufgebracht werden muß, muß zuvor verdient sein. Wenn aber die potentiellen Kunden der Wirtschaftsunternehmen keine Waren kaufen (weil sie im Hinblick auf unsichere Zeiten lieber mehr sparen) oder wenn der Wettbewerb unter den Realkapitalien die Preise so herab drückt, daß die Zinsen nicht mehr aufzubringen sind, dann unterbleiben weitere Investitionen; dann ist die *»Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«* (Keynes) erreicht; dann stockt der Wirtschaftskreislauf – weil das Sparkapital ungenutzt bleibt –, es kommt zur Krise mit Arbeitslosigkeit und allen weiteren Folgen.

In dieser Situation ist die »Gegenseitigkeit« von Geben und Nehmen wiederum nicht gewahrt. Die Überlegenheit der Geldseite über die Waren- und Dienstleistungsseite tritt in geradezu brutaler Deutlichkeit zutage. Und warum? Weil unser Geld als Tauschmittel seine volkswirtschaftliche Funktion versagt hat.

Ferner: Wenn bei zunächst anhaltender Konjunktur und damit anhaltender Vollbeschäftigung und dadurch anhaltendem Einkommensfluß ein immer größerer Teil dieser Einkommen wegen der Neigung der Menschen zu sparen (Keynes) zu Kapital wird, wird das Angebot an Geld-Kapital immer größer; und zugleich die Möglichkeit, gespartes Geld günstig anzulegen, immer kleiner. Das aber heißt, daß der Zinssatz immer weiter absinkt, bis schließlich das mit dem Geldverleihen verbundene Risiko so groß wird, daß die Neigung, das Geldkapital zu verleihen, kleiner wird als die *»Vorliebe, es liquide zu halten«* (liquidity preference – Keynes). Dann hört ebenfalls der Wirtschaftskreislauf auf, die Krise tritt ein.

Anders ausgedrückt: die Vermehrung des Realkapitals und dadurch der Wettbewerb auf der Kapital-Angebotsseite um Anlagen drückt auf den Zinssatz, bis ein solcher Tiefpunkt des Zinsniveaus erreicht ist, daß der *»Hang zur Liquidität«* den Geldkapitalbesitzer veranlaßt, lieber sein Geld zu behalten, liquide zu halten, als es zu investieren. Denn Geld »müßig« aufzubewahren, kostet keine »Durchhaltekosten« (Keynes).

Dadurch aber wird der *Wirtschaftskreislauf unterbrochen*, die Konjunktur – *»Kon-junk-tur«* – *verhindert* bzw. abgebremst, Arbeitslosigkeit ausgelöst mit allen weiteren Folgen für die Zerstörung der »Gegenseitigkeit« von Anbietern (von Waren, Dienstleistungen, Arbeitsleistungen usw.) und potentiellen Nachfragern mit Geld (nach eben diesen Leistungen). Am Ende dieses Prozesses, der Baisse, steht eine haushohe Überlegenheit des Geld- bzw. Kapitalbesitzers über die Waren- und Leistungsanbieter, sodaß das Mißverhältnis von »Kapitalist« zu »Arbeiter« schier unendlich groß wird.

Das aber heißt: von Wirtschaftsfreiheit, von einer freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Wirtschaft, von Chancengleichheit aller Menschen in der Wirtschaft, von einer Gleichheit im Geben und Nehmen kann für alle Betroffenen keine Rede mehr sein. »Frei« sind nunmehr nur noch diejenigen, die über flüssige Geldmittel verfügen, alle anderen geraten in eine mehr oder weniger demütigende Abhängigkeit vom Wohlwollen besser situierter »Kapitalisten« oder vom »Sozialen Netz« unseres Staates. Nur gerade das, was den Menschen zutiefst befriedigt, was ihn frei, selbstbewußt und glücklich macht: daß er sich selbst in jeder Situation helfen kann; daß er aus eigener Kraft zu Erfolgen und dadurch zu den psychologisch so wichtigen Erfolgserlebnissen gelangt – gerade das ist ihm unmöglich gemacht.

Und genau hier dürfte denn auch eine der Wurzeln des Hasses zu suchen sein, der die Kritiker unserer unvolkommenen »Sozialen« Marktwirtschaft zu deren unerbittlichen Gegnern macht.

Unser heutiges Geld besitzt kraft der dargestellten Überlegenheit über die Ware, die Dienstleistungen, die Fabrikanlagen, die alle dem Verderb,

dem Hunger, dem Rost ausgesetzt sind, *Monopol-Charakter.* Die relative Knappheit des Geldes im Vergleich zur Ware, bzw. seine Fähigkeit, sich im Vergleich zur Ware knapp zu machen (durch Nicht-Kaufen, durch Nicht-Investieren), verleiht ihm die Möglichkeit, alle Nicht-Geld- bzw. -Geldkapital-Besitzer »auszubeuten«.

Kein Zins – kein Geld! Keine Kapital-Rendite – keine Investition! Das ist der Kern des Kapitalismus.

D. Die notwendige Geld- bzw. Währungsform

Soweit die Diagnose des scheinbaren Nichtfunktionierens der Marktwirtschaft, das aber in Wirklichkeit ein Nichtfunktionieren unserer Währungsordnung bzw. -unordnung ist. Hier also ist die Therapie anzusetzen, nicht in der Marktwirtschaftsverfassung, sondern in der *Währungsverfassung!*

Bis zu diesem Punkt waren sich zwei der bedeutendsten Geldtheoretiker, John Maynard Keynes und Silvio Gesell, einig, wobei Silvio Gesell als dem Früheren der höhere Rang zuzubilligen ist. In der Therapie jedoch gingen ihre Wege grundsätzlich auseinander.

Silvio Gesell zielt geradeswegs darauf ab, das vorhandene (das heißt das von der Zentralnotenbank in Umlauf gegebene) Zentralnotenbankgeld wieder direkt, umgehend und stetig in Umlauf zu bringen. Und zwar – erstens – dergestalt, daß das Verhältnis Gesamtgeldmenge zu Gesamtproduktion und -Dienstleistungen stets konstant bleibt, damit der *Durchschnittspreisstand stabil* bleibt und der Maßstabcharakter des Geldes nicht verfälscht wird (Maßeinheit der Lebenshaltungskostenindex – daher »Indexwährung«), und daß – zweitens – eben diese Gesamtgeldmenge durch ein Aufgeld veranlaßt oder gezwungen wird, stets im *Kreislauf* der Wirtschaft zu bleiben. Etwa in der Weise, daß jeder jeweilige Geldbesitzer zum Beispiel 5% des Betrages verliert, den er im Augenblick des Aufrufes zum Geldumtausch gerade verfügbar hat. (Oder auch evtl. durch andere Techniken, über die wir uns hier nicht zu unterhalten brauchen, über deren Wirksamkeit aber im großen und ganzen Einigkeit herrscht.)

Obwohl durch diese Art der Geldumlaufsicherung keine Inflation eintreten kann (weil die Gesamtgeldmenge nicht erhöht wird), werden doch alle Geldbesitzer, wenn sie Verluste vermeiden wollen, veranlaßt, ihr Geld in irgend einer Weise vor dem Geldumtauschtermin auszugeben oder anderen zum Ausgeben zur Verfügung zu stellen. Dadurch aber bleibt die Konjunktur und mit ihr die Vollbeschäftigung erhalten, und das Kapital wird, weil weder die Produktion und Vollbeschäftigung noch die Neigung der Menschen zu sparen unterbrochen wird, immer reichlicher und da-

durch billiger zur Verfügung stehen. Das heißt aber, der niedrigere Zinssatz ermöglicht Investitionen auch in solche Projekte, die unter den heutigen Umständen nicht zu finanzieren sind (zum Beispiel alles, was zum Umweltschutz gehört, oder Schulbauten, Kunstwerke usw.); jeder Einzelne wird freier von Sorgen und Nöten; wird unabhängiger von der Staatskrippe und dem ganzen entwürdigenden staatlichen Wohlfahrtsapparat; Freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit werden jedermann zuteil.

Anders die Therapie von *John Maynard Keynes*, die er in seiner »General theory of employment, interest and money« dargestellt hat. Während Gesell das vorhandene Geld, also das bereits in Umlauf befindliche Staats-Zentralbank-Geld durch eine – wie im einzelnen auch immer zu bewerkstelligende – »Besteuerung« wieder in Umlauf bringen, bzw. im Umlauf halten will, schlägt Keynes Kreditschöpfung und staatliche Investitionen bzw. Investitionsfinanzierung durch Verschuldung bei der Zentralnotenbank vor – »*deficit spending*«. Mit anderen Worten, Keynes schlägt vor, zusätzliches Zentralbankgeld in Umlauf zu bringen. Das hat zweierlei Folgen: erstens werden dadurch *illegitime Ansprüche an das Sozialprodukt* geschaffen (denn dem »neuen« Geld steht keinerlei Arbeitsleistung gegenüber), wodurch die legitimen Geldbesitzer praktisch betrogen werden, und zwar um den Betrag, der zusätzlich in die Wirtschaft eingeschleußt worden ist. Echte Kapitalbildung kann alleine durch Sparen durch vorübergehenden Konsumverzicht (durch »Enthaltsamkeit« – J. St. Mill) erreicht werden.

Zweitens hat das »deficit spending« zur Folge, daß mit der dadurch wieder angeheizten Konjunktur auch alle die Gelder wieder Nachfrage haltend auf dem Markt auftreten, die zuvor auf Sparkonten praktisch eingefroren waren. Das aber heißt, Keynes' Theorie führt zur *Inflation*. Und die Geschichte der vergangenen vierzig Jahre hat gezeigt, daß überall da, wo im Sinne von Keynes Konjunkturpolitik mit Hilfe zusätzlicher Zentralbankmittel getrieben wurde, die Inflation nicht ausgeblieben ist.

Gesell also wollte die ruhende (nicht umlaufende) Geldmenge mobilisieren, Keynes hingegen schlug Geldschöpfung aus dem Nichts vor.

Das Ergebnis kennen wir: Gesells Theorie wurde abgelehnt, Keynes' Theorie wurde in die Praxis umgesetzt. Die Politik des zu Ende des Krieges in *Bretton Woods* gegründeten Internationalen Währungsfonds fußte ganz auf Keynes' Theorie, und insbesondere die für die Weltwirtschaft und Weltwährungssituation bestimmende amerikanische Währungspolitik wurde von Keynesianern maßgeblich bestimmt. Sobald in den USA Krisenanzeichen sichtbar wurden, wurde die Wirtschaft mit zusätzlichen Geldmitteln aus der Druckerpresse wieder in Gang gebracht. Das System der festen Wechselkurse sorgte dann dafür, daß diese Gelder weitgehend nach Europa und Japan abwanderten (weil diese bei festen Kursen dann für die

Dollarbesitzer billiger wurden) und auch dort die Inflation bewirkten. Karl Blessing nannte deshalb das Bretton Woods-System nicht zu unrecht eine »perfekte Inflationsmaschine«.

Um diese zuviel eingeströmten (und laut Bretton Woods-Abkommen in D-Mark konvertierten) Gelder zu neutralisieren, erhöhte die Deutsche Bundesbank von Fall zu Fall die von den Geschäftsbanken bei der Bundesbank zu haltenden *Mindestreserven.* Dadurch aber wurden legitime Ansprüche inländischer Sparer an das Gütervolumen durch die durch die Mindestreserveerhöhung ausgelöste *Zinserhöhung* verteuert und dadurch praktisch reduziert, während die neu entstandenen Notenbankgeld-Besitzer, die nichts zur Schaffung inländischer Güter beigetragen hatten, den Vorteil davon hatten. Die Kreditzinsen für die Inländer stiegen in die Höhe, die »Geldimporteure« (zumeist Banken und Multinationale Konzerne) hatten den Vorteil zusätzlicher Kaufkraft aus ihren Dollar-Transaktionen und -Konvertierungen in D-Mark.

Schließlich hat dieses Währungssystem der festen Wechselkurse die Währungen der westlichen Welt so zerrüttet und zu immer neuen Dollar-Spekulationsströmen zumal in die Bundesrepublik Deutschland geführt, daß es (im März 1973) praktisch zusammengebrochen ist. Der Dollar wurde *im August 1973 von seinem festen Preisverhältnis zum Gold gelöst,* die festen Wechselkurse wurden abgeschafft – jedenfalls zwischen den USA und den übrigen westlichen Ländern (nicht aber innerhalb der E. G.) und *frei bewegliche Wechselkurse* (»floating«) eingeführt. Seitdem herrscht einigermaßen Ruhe an der Währungsfront zwischen den USA und den übrigen westlichen Ländern.

Damit war das jahrelang propagierte Schlagwort, ein Land könne in einer weltweiten Inflation keinen stabilitätspolitischen Alleingang machen, widerlegt. *(Otmar Emminger)*

Eines darf man freilich nicht übersehen: gegen weltwirtschaftliche Konjunkturschwankungen, von denen unsere Exportindustrie ja sehr stark *abhängig ist, schützt der freie Wechselkurs nicht,* wohl aber weitgehend gegen die früher damit verbundenen monetären Störungen. Und eben dies ist das Entscheidende: die Deutsche Bundesbank hat damit die Herrschaft über die eigene Geldversorgung wiedergewonnen. Sie kann jetzt erstmals eine weitgehend autonome Währungspolitik treiben.

E. Die Quantitätstheorie des Geldes

Der Übergang von der Keynes'schen »Fiscal Theorie« zu der neuen »monetaristischen« Geldtheorie ist vor allem auf die Theorien des Chicagoer Professors *Milton Friedman* zurückzuführen. Friedman hatte erkannt,

daß nicht die Kreditausweitung und Kreditschrumpfung der Geschäftsbanken die Ursache der Inflation und Deflation ist, sondern das Verhältnis des von der Zentralnotenbank in Umlauf gegebenen Zentralbankgeldes zur Gesamtwirtschaftsproduktion. Friedman ist also zur ursprünglichen *Quantitätstheorie* des Geldes zurückgekehrt, die schon von *Silvio Gesell* als die einzig richtige Geldtheorie erkannt worden war.

Wenn auch Milton Friedman im übrigen offenbar weitgehend einem paläo-liberalistischen Kapitalismus zuzuneigen scheint, hat sein beharrliches Propagieren einer an der Produktionsmenge orientierten Geldmengenpolitik bewirkt, daß mehr und mehr Währungswissenschaftler und -politiker sich mit der Quantitätstheorie des Geldes beschäftigen und diese wieder zu Ehren bringen. So empfiehlt zum Beispiel das »*Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität*« der Professoren Dürr, Giersch, Issing, Starbatty, Erhard, Helmstädter, Müller-Armack, Watrin und Willgerodt eine strenge Geldmengenpolitik mit einem Zuwachs von jährlich etwa nur 4% neuen Zentralbankgeldes. Es wurde am 23. April 1974 veröffentlicht. Diesem »Konzept« folgte im Januar 1975 die Schrift »Die Bundesbank in der Inflation« von *Friedrich Wilhelm von Schelling.* Von Schelling fordert, daß das Bundesnotenbankgesetz dahingehend geänder wird, »*daß der Wert der D-Mark, am Lebenshaltungs-Index gerechnet, möglichst unverändert bleibt*«. Ferner fordert er, daß nur die Zentralbank-Geldmenge (nicht auch noch M 1 und M 2)* gesteuert werden soll, weil allein die Zentralbank-Geldmenge die Geldbasis darstellt, auf der sich M 1 und M 2 aufbauen, und weil nur die Zentralbank-Geldmenge von der Bundesbank ganz sicher gesteuert werden könne. Denn der jeweilige Anstieg oder Abfall von M 1 und M 2 korrespondiere – wenn auch mit Schwankungen – weitestgehend mit der Zentralbank-Geldmenge, wie auch *Siebke-Willms* in ihrer Schrift »Theorie der Geldpolitik« (Heidelberg 1974) dargelegt hätten. *Helmut Schlesinger* schließlich fordert in seinem am 10. April 1976 in der FAZ erschienenen Artikel »Chancen der Geldpolitik« praktisch genau das gleiche wie von Schelling. Er schreibt: »In Übereinstimmung mit einer großen Zahl von Volkswirten möchte ich als bewiesen annehmen: 1. daß die Inflationierung mit einer beträchtlichen Ausweitung der Geldmenge einhergeht, ja, daß mittelfristig die Preise praktisch parallel zur Geldmenge steigen, soweit deren Zunahme nicht durch einen entsprechenden Anstieg des realen Sozialprodukts gedeckt ist, 2. daß eine Ausweitung der nationalen Geldmenge nicht stattfinden kann ohne Mitwirkung der Notenbank.... Durch Bargeldumlauf und Mindestreserven ist die Geldschöpfung der Geschäftsbanken an die der Notenbank gebunden. . . . Die Kontrolle der Geldschöpfung durch die Notenbank muß daher bei ihrer eigenen Geld-

* M 1 = Zentralbankgeld + Sichtguthaben der M2 = M 1 + Terminaleinlagen der Privaten mit einer Befristung unter 4 Jahren

schöpfung anfangen«. Von entscheidender Bedeutung für diese autonome Geldpolitik der Notenbank ist daher auch für *Schlesinger* die *Unabhängigkeit der Notenbank.* »Diese Unabhängigkeit der Notenbank ist kein Wert an sich, sondern, wie verantwortliche Politiker in unserem Land dies oft betonen, auch ein Schutz der Politiker vor sich selbst«.

Wie dringend wichtig die Forderung der Unabhängigkeit der Notenbank sowohl den Geschäftsbanken gegenüber als auch noch weit mehr den Politikern gegenüber ist, braucht wohl in diesem Kreise nicht näher erörtert zu werden. Nur eben dies: Wenn das Geldwert-Stabilitäts-Konzept durch Unabhängigkeit der Notenbank und stramm durchgeführte Geldmengenpolitik der Notenbank nicht durch die *Geschäftsbanken* konterkariert werden soll, so muß auch deren Möglichkeit, sich zusätzliche Liquidität zu beschaffen, streng unterbunden werden. Das Zentralbankgeld, das durch den Ankauf von Wechseln, von Wertpapieren, von Devisen und durch direkte Kreditgewährung an den Staat in Umlauf gelangt, muß in seiner Gesamtmenge ganz strikt am Lebenshaltungsindex »gemessen« werden und darf in keiner Weise anderen angeblichen Prioritäten unterworfen werden.

Die Sicherung der stetigen »wirksamen Nachfrage«

Und genau hier beginnen nun die eigentlichen Schwierigkeiten: Geldwertstabilität *und* Dauervollbeschäftigung, eine Forderung, die nach weitverbreiteter Ansicht einfach unerfüllbar sei.

So schreibt zum Beispiel Professor *Alois Oberhauser* in der Jubiläumsschrift der Deutschen Bundesbank:

»Auch wenn der Übergang zu flexiblen Wechselkursen inzwischen manche Probleme des geldpolitischen Mitteleinsatzes beseitigt und der Bundesbank größere Wirkungsmöglichkeiten gebracht hat, so lassen sich einige Erkenntnisse doch für die heutige Situation (1975) verwerten. Die Gefahr . . liegt darin, daß die Erfolgsaussichten einer an einem begrenzten Zuwachs der Zentralbankgeldmenge orientierten Geldpolitik bei weitem überschätzt werden. Wenn die Ursachen konjunktureller Übersteigerungen . . nicht im Geldangebot lagen und wenn die relative Preisstabilität der 50er und 60er Jahre nicht durch das Geldangebot erzwungen wurde, sondern deswegen zustande kam, weil die nachfragewirksamen Ansprüche an das Sozialprodukt in etwa mit dem Produktionspotential übereinstimmten, so kann auf eine nachfrageorientierte Finanz- und Einkommenspolitik kaum verzichtet werden. Die stabilitätspolitische Aufgabe allein der Zentralbank über eine Steuerung der Geldmenge zu überlassen, muß notwendigerweise zu Stabilisierungskrisen führen«.

Oder *Martin Grüner MdB/FDP* im Bergedorfer Gesprächskreis am 13. 6. 1976:

»*Das einzige, was wir nicht in der Hand haben, Herr Ehrenberg, ist die Nachfrage. Denn ein ausreichender Ertrag allein sichert nicht die erforderlichen Investitionen, wenn der Investor nicht die entsprechende Nachfrage erwarten kann. Hier haben wir mit unserer Konjunkturpolitik die Erfahrung machen müssen, daß trotz eines riesigen Konjunkturprogramms – wenn ich die Steuerreform miteinbeziehe, sind mehr als 30 Milliarden D-Mark öffentliche Mittel in den Wirtschaftskreislauf gegeben worden – dies nicht ausreichend gewesen ist, um Unterbeschäftigung zu verhindern*«.

Man könnte noch zahllose weitere Äußerungen ähnlich skeptischer oder pessimistischer Art zitieren. Die hier gegebenen Proben mögen genügen. Alle zusammen ergeben, daß man rundweg bezweifelt, daß mit monetären Mitteln, ohne daß eine inflationäre Geldpolitik betrieben wird, die Konjunktur und Vollbeschäftigung auf Dauer erhalten werden kann. Man sieht hier vielmehr einen regelrechten *Zielkonflikt:* was genießt Priorität, die *Vollbeschäftigung oder* die *Geldwertstabilität?*. und je nach Interessenlage oder gesellschaftspolitischer Überzeugung plädiert man für das eine oder für das andere. Die Kapitalseite für Stabilität, die Arbeitnehmerseite für Inflation und Vollbeschäftigung. Der Gedanke der *Geldumlaufsicherung* durch Geld»besteuerung« im Sinne von *Silvio Gesell* ist überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen worden, bzw. wenn doch – wie etwa von Keynes –, so hat man ihn aus Opportunitätsgründen nicht weiter verfolgt. Die City von London und Wallstreet sind gewiß damals wie auch noch heute keine Freunde Gesell'scher Gedanken, die sie ja mit Sicherheit à la long um ihre Machtstellungen an den Schalthebeln der Weltwirtschaftspolitik bringen würden.

Die Frage ist nur, kann es sich die westliche Welt noch länger erlauben, eine Lösung ihres Konjunktur- und Beschäftigungsproblems zu verhindern angesichts der Tatsache, daß andernfalls ganze Bevölkerungen westeuropäischer Länder mehr und mehr sich dem Kommunismus zuwenden?

Dirigistische Einflüsse auf den Wirtschaftskreislauf

Soviel zur Frage der Aufrechterhaltung oder Ankurbelung der Wirksamen Nachfrage mit monetären Mitteln. Leider hat das Problem aber auch noch eine andere Seite: die Seite *direkter staatlicher Eingriffe* in den Wirtschaftskreislauf und in den Konjunkturverlauf ohne Rücksichtnahme auf die Prinzipien ordnungspolitischer Überlegungen. Die Macht der organisierten Interessen *durchkreuzt* immer und immer wieder eine vernunftgemäße Verfassungs- und *Ordnungspolitik.* Da es sich bei diesem Kapitel des

Verteilungskampfes der organisierten Interessen um den großen Kuchen der Wirtschaft nicht um eine geld- bzw. währungspolitische Angelegenheit handelt, müssen wir diese Problematik hier ausklammern. Soviel aber sollte doch gesagt werden: wenn von Seiten des Staates oder von Seiten der großen Verbände, DGB, BDI usw., ganz einfach auf Grund der Macht, die diese Institutionen besitzen, Eingriffe in den Wirtschaftsablauf vorgenommen werden – wobei die Durchsetzung bestimmter hoher Lohnquoten am meisten ins Auge springt (zumal wenn die Gewerkschaft Öffentliche Dienste des Herrn Klunker ins Spiel kommt) –, dann kann natürlich die Ordnung der Marktwirtschaft nicht mehr frei funktionieren. Dann dringen hier Monopolkräfte ein, die alle sich natürlich entwickelnden Daten über den Haufen werfen.

Kurt Biedenkopf hat in dem Bergedorfer Gesprächskreis vom 17. 11. 1975 hierzu folgendes gesagt:

»Um es ganz pointiert zu sagen: Die Unternehmer und die Gewerkschaften haben sich gemeinsam für jeden Konzentrationsprozeß in diesem Lande eingesetzt. Die gesamte Konzentration und Rekonzentration der Stahlindustrie ist mit voller Zustimmung der Gewerkschaften und ihrer politischen Deckung bei der Montanbehörde erfolgt ... »Genau das meine ich mit dem Kartell der organisierten Interessen. Es ist fast unmöglich, gegenüber mitbestimmten Unternehmen Wettbewerbspolitik zu machen, weil die staatliche Behörde auf den kombinierten Besitzstand von Anteilseignern, Management und Gewerkschaften stößt. In unserer Mitbestimmungskommission haben die Betriebsratsvorsitzenden, die Arbeitsdirektoren und die Arbeitnehmer-Aufsichtsratsmitglieder gleichlautend erklärt, daß die Ausnützung der Marktmacht im Interesse der Arbeitsplätze notwendig sei. Das ist die Realität. Hier liegt das eigentliche Problem der Machtkontrolle in der Wirtschaft«.

»Wenn wir uns für eine Wettbewerbspolitik einsetzen und die politischen Institutionen nicht in der Lage sind, diese politische Gestaltungsaufgabe zu leisten, dann ist das nicht ein Versagen der Ordnungspolitik, sondern ein Versagen derjenigen, die berufen sind, sie zu implementieren. Das spricht nicht gegen die Leistungsfähigkeit und den Gedanken der Ordnungspolitik, sondern führt uns allenfalls zu der Diskussion über die Fähigkeit parlamentarischer Systeme, Machthaushalte in der Gesellschaft wirksam zu kontrollieren.

»Wenn wir den anderen Weg gehen und das ordnungspolitische Prinzip der Machtkontrolle durch Machtverteilung für die Unfähigkeit, Ordnungspolitik zu implementieren, verantwortlich machen, gibt es keine Alternative mehr außer der zentralen staatlichen Planung. Im Ergebnis heißt das: Verbürokratisierung. Auch die Bürokratie ist eine Ordnungspolitik, aber ohne freiheitliche Elemente«.

F. Zusammenfassung

Ich fasse zusammen: Wer die gleiche Freiheit für alle will, wer nicht nur – wie in unserem Grundgesetz garantiert – die gleichen Rechte für jedermann will, sondern auch die gleichen Möglichkeiten zur Wahrnehmung dieser Rechte; wer also will, daß in der Bundesrepublik Deutschland die »Identität formaler und materieller Freiheit« endlich hergestellt wird, mit anderen Worten, wer für eine jedermann befriedigende Lösung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt, der muß auch dafür sorgen, daß das für das reibungslose Funktionieren unserer weltweiten arbeitsteiligen Wirtschaft unabdingbare Geldwesen funktioniert, so funktioniert, daß das Geld sowohl in seinem Rechtscharakter als Wertmesser als auch in seiner Eigenschaft als Tauschmittel stetig, auf Dauer, ohne jeden Rückschlag eingerichtet wird und erhalten bleibt. Daraus ergibt sich die *Forderung:*

erstens – nach einer streng gehandhabten *Indexwährung* – damit die *Wertmaßstabfunktion* des Geldes auf Dauer gesichert bleibt und die Menschen eine absolut zuverlässige Grundlage für ihr Wirtschaften und für ihre Daseinsvorsorge in Selbständigkeit und Freiheit wiedergewinnen, und

zweitens – nach einer garantierten *Geld-Umlauf-Sicherung* – damit die *Tauschmittelfunktion* des Geldes auf Dauer gewährleistet ist, sodaß es in Zukunft keine konjunkturbedingte Wirtschaftskrisen mehr geben kann mit all den fatalen Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern daß durch Wirtschaften und Sparen die Kapitalbildung als Voraussetzung unseres gesamten Wirtschaftsgebäudes stetig fortschreitet, »bis daß das Kapital aufhört knapp zu sein« (Keynes) und dadurch die Ausbeutung all derer, die arbeiten und den Wohlstand schaffen, durch die »Kapitalisten« (mittels des Zinses in all seinen Formen) ein Ende findet – sodaß die Monopolstellung des »großen Geldes« aufhört und das Recht auf »Gegenseitigkeit«, auf die »Gleichheit von Geben und Nehmen« in der Wirtschaft verwirklicht wird.

Es ist nicht der Staat, der uns durch seine Daseins-Für- und -Vorsorge vom Kindergeld bis zur Altersrente die Freiheit beschert (wie Willy Brandt behauptet), sondern nur wer sein Dasein und sein Leben selber bestimmt, lebt in Freiheit. Dazu bedarf es lediglich einer absolut sicheren Rechtsgrundlage, eben jener verfassungsmäßigen Wirtschafts-Grundordnung. Zu der aber gehören unabdingbar Geldwertstabilität durch Indexwährung und die Sicherung der Dauervollbeschäftigung durch Geldumlaufsicherung. Diese Grundordnung freilich, die muß der Staat setzen. Das Leben selber aber, die Gestaltung des Lebens – das muß der Staat den Menschen überlassen, wenn er sie nicht des eigentlichsten Kerns ihres Menschseins, der Freiheit und Selbstbestimmung, die allein erst ihre Würde ausmachen, berauben will.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Ein Kurzbericht über den abschließenden Vortrag auf der wissenschaftlichen Arbeitstagung »Inflation und Vollbeschäftigung« am 20./22. 5. 1977 in der Politischen Akademie Eichholz

Ernst Winkler

Die Teilnehmer der Tagung begrüßten es dankbar, daß am abschließenden dritten Tag ein zusammenfassender Rückblick auf die vier Grundsatz-Referate ihnen die Aufgabe erleichterte, die wesentlichen Grundgedanken nochmals zu vergegenwärtigen, in kritischem Vergleich Übereinstimmungen, Kontroversen und Überzeugungskraft zu prüfen und hieraus neue Anstöße für eine lebhafte und fruchtbare Schlußdiskussion zu entnehmen. Da der Leser diese Referate in Form von Aufsätzen zum Zweck der Vergegenwärtigung und des kritischen Vergleiches unmittelbar vor Augen hat, können ihm unnötige Wiederholungen erspart werden und daher kann sich der vorliegende Kurzbericht auf wenige erläuternde, vergleichende und ergänzende Anmerkungen beschränken.

Das *Rahmenthema* »Inflation und Vollbeschäftigung« ist bewußt provozierend formuliert, nämlich im Sinn einer, von anerkannten Wirtschaftswissenschaftlern bis in die jüngste Zeit verkündeten Ideologie, daß Inflation ein Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sei oder daß zumindest ein beständiges, also exponentiell verlaufendes Wirtschaftswachstum auch um den Preis einer dosierten Geldentwertung die notwendige Voraussetzung für Vollbeschäftigung darstelle.

Bereits der erste Vortragende *F. Penserot* wies schon mit der Themen-Formulierung seines Vortrages »Dauervollbeschäftigung und Geldwertstabilität« (20. 5. nachmittags) diese Ideologie mit aller Entschiedenheit und mit überzeugenden Argumenten zurück. Er wies nach, daß der unsere Wirtschaft belastende Zielkonflikt zwischen Währungsstabilität und Vollbeschäftigung lediglich eine unvermeidbare Folge dieses unseres Wirtschaftssystems ist und durch geeignete Wirtschaftsreformen, vor allem ein funktionsfähiges Geldwesen (Indexwährung mit Umlaufsicherung) behoben werden kann. Diese Schlußfolgerung bestätigte später als vierter Referent *Prof. F. G. Binn* mit der Feststellung, daß es sich hier nicht um eine grundsätzliche Unverträglichkeit handelt, sondern nur um eine Unverträglichkeit unter den gegebenen Bedingungen, die eben änderungsbedürftig sind. In der theoretischen Begründung seiner These setzte sich F. Penserot mit den einschlägigen wirtschaftswissenschaftlichen Theorien auseinander, insbesondere mit J. M. Keynes, S. Gesell und M. Friedman. Obwohl Keynes

in der Diagnose des Strukturfehlers unserer kapitalistischen Marktwirtschaft weitestgehend mit S. Gesell übereinstimmt, hat er entgegen Gesells Reformvorschlägen die Therapie in der Kreditschöpfung zwecks staatlicher Investitionspolitik gesucht mit dem katastrophalen Ergebnis, daß das Abkommen von Bretton Woods sich zu einer perfekten Inflationsmaschine entwickelte. Nun gilt als neueste, mit dem Nobelpreis geehrte Erkenntnis die von M. Friedman rehabilitierte Quantitätstheorie des Geldes in einem theoretischen Konzept, das beträchtlich hinter Gesells längst formulierter, aber als laienhaft mißachteter Einsicht zurückbleibt. Prof. F. G. Binn hat dann in seinem Vortrag das Keynes'sche Rezept als »Fiskalismus« und die Position Friedmans als »naiven Monetarismus« im Unterschied zu Gesells »konsequentem Monetarismus« charakterisiert.

Penserot gab in seiner umfassenden Darlegung nicht nur erschöpfende Auskunft im Sinn des gestellten Rahmenthemas, sondern darüber hinaus – was sich schon im Begriff »Dauerkonjunktur« seiner Themen-Formulierund andeutete – den Entwurf einer grundsätzlich funktionsfähigen und deshalb auch sozial gerechten marktwirtschaftlichen Ordnung. Sein Referat brachte – später noch theoretisch abgerundet durch Binns Referat – bereits alle wesentlichen Gesichtspunkte des Tagungsprogramms und nahm deshalb natürlicher Weise den größten Raum in der abschließenden Zusammenfassung in Anspruch. Demgegenüber spezialisierte sich der zweite Vortragende *J. v. Heynitz* auf das Thema: »Die wirtschaftlichen Schäden der Inflation und ihre Überwindung« (20. 5. abends). Aber auch er lieferte über die bescheidene Formulierung seines Themas hinaus zwei entscheidende Beiträge grundsätzlicher Art, die hier herausgegriffen und unterstrichen werden sollen. Es handelt sich erstens um einen theoretischen Beitrag zur Wesensbestimmung und Kausalanalyse der Inflation auf Grund eines geschickten begrifflichen Kunstgriffes: Die Definition der »Inflation« im ursprünglichen und wörtlichen Sinn einer »Aufblähung« des Geldvolumens, also Geldmengen-Vermehrung eröffnet den erforderlichen Spielraum für eine breite Palette von Preisniveau-Theorien und damit für die grundsätzliche Untersuchung, ob, unter welchen Bedingungen und mit welchen Abhängigkeiten von weiteren objektiven wie subjektiven Faktoren eine Geldvermehrung zu allgemeiner Preissteigerung führt; erst nach der vorurteilslosen Klärung dieser Interdependenzen kann die eigentliche Problematik erfolgreich aufgegriffen werden. Zum zweiten erläuterte der Vortragende den von K. Walker stammenden praktischen Vorschlag für eine funktionsfähige, währungsstabile Geldordnung, welche die Geldausgabe seitens der Notenbank über Warenwechsel unmittelbar und von vorneherein mit der Warenproduktion koppelt, also das am Bedarf orientierte Gleichgewicht auf natürlichere und zuverlässigere Weise sichert als die

nachträglich der jeweiligen Preisindex-Änderung gegensteuernde Geldmengen-Regulierung. Zugleich sorgt dieses Verfahren auch für einen, dem jeweiligen Bedarf entsprechenden Geldumlauf, der allerdings für sich allein noch keine ausreichende Umlaufsicherung bei sinkender Rentabilität und Investitionsneigung gewährleistet.

Als dritter Redner – stellvertretend für den verhinderten Staatssekretär M. Schüler und mit Abänderung des angekündigten Themas – gewährte der SPD-Bundestagsabgeordnete *Szameitat* aufschlußreiche Einblicke in die wirtschaftspolitische Praxis der BRD (21. 5. vormittags). Sein Referat war eine wertvolle Ergänzung und eine überzeugende, wenn auch ungewollte Bestätigung für die Richtigkeit der übrigen, vorwiegend theoretisch ausgerichteten Vorträge der Tagung. Der erste Hauptteil brachte einen geschichtlichen Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre dieser Wirtschaftspolitik und erläuterte für die wechselnden Phasen von Konjunkturüberhitzung und wirtschaftlicher Stagnation die jeweils gemäß der offiziellen Wirtschaftstheorie angewandten systemimmanenten Maßnahmen einer scheinbar erfolgreichen Gegensteuerung, die aber von kritischen und sachverständigen Zuhörern gerade als wesentliche Ursache oder mindestens verstärkender Faktor eben dieser Zick-Zack-Entwicklung durchschaut wurde. Wenn das Ende des »deutschen Wirtschaftswunders« Mitte der 60er Jahre ein Ankurbelungsprogramm nach Keynes-schem Rezept nötig machte, das zur Inflationsproblematik Anfang der 70er Jahre führte; wenn daraufhin Stabilitätsmaßnahmen – wiederum nach Keynes und zwar angeblich »etwas zu hart, weil zu spät« – ergriffen und bis 1974, also bis zur Schwelle der im Herbst 1975 einbrechenden Arbeitslosen-Katastrophe fortgesetzt wurden, um dann den gegenwärtigen, recht hilflosen Versuchen einer Vollbeschäftigungspolitik Platz zu machen; so sind zwar die von außen kommenden Störungsursachen nicht zu übersehen – beispielsweise importierte Inflation bei festen Wechselkursen und die Ölkrise von 1973 – aber diese äußeren Ursachen können die offenkundige Interdependenz zwischen den Maßnahmen und dem Wirtschaftsgeschehen nur überlagern, nicht vertuschen.

Solchen Überlegungen galten auch die, vom Vortragenden großzügig zugelassenen Zwischenrufe und Zwischendiskussionen. Die verschiedenen kritischen Einwände liefen auf die Feststellung hinaus, daß punktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen die eigentlichen und systembedingten Störungen nicht beseitigen können, sondern im Gegenteil noch stabilisieren, indem sie die für eine freie Marktwirtschaft nötigen und für eine wirklich freie Marktwirtschaft auch möglichen Anpassungsprozesse unterbinden. Die Diskussion streifte auch die neuartige Erscheinung der Stagflation, künstlich erzeugt durch eine mit untauglichen Mitteln versuchte

Bekämpfung der Inflation einerseits und der Stagnation anderseits als ein Kompromißergebnis, das die Nachteile der beiden, für die kapitalistische Marktwirtschaft charakteristischen Störungen vereinigt.

Nach diesem Verlauf der gedanklichen Auseinandersetzung konnte der zweite Hauptteil des Vortrages die Zuhörer noch weniger überzeugen, nämlich die Darstellung der gegenwärtigen Zielprojektion der Bundesregierung zur Bewältigung der aktuellen, höchst bedenklichen Wirtschafts-Probleme; es handelt sich um geringfügig modifizierte Versuche einer Fortsetzung bisheriger – nach einer Diskussionsbemerkung »kopfloser« – Wirtschaftspolitik.

Den Höhepunkt der Tagung bildete der von Professor *F. G. Binn* gehaltene vierte Vortrag: »Inflation und Vollbeschäftigung – Die Bedeutung der Währungsordnung für eine ausgewogene, sozial gerechte Marktwirtwirtschaft« (21. 5. nachmittags). Auch dieser Vortrag brachte wesentlich mehr, als die Themen-Formulierung versprach, nämlich einen groß angelegten und konsequent entwickelten Entwurf einer freien, insbesondere ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung auf der Grundlage einer funktionsfähigen Wirtschaftsordnung, also nach der Terminologie des Vortragenden die Verwirklichung des »prinzipiellen Liberalismus« im Gegensatz zum jetzigen, kapitalistisch verfälschten Liberalismus. Die inhaltlich konzentrierten und präzise formulierten Ausführungen stimmten wirtschaftstheoretisch, wie bereits angedeutet, mit den Darlegungen des ersten Referenten F. Penserot so gut wie völlig überein, schufen aber einen umfassenden gesellschaftspolitischen und philosophischen Rahmen, der durch seine großartige logische Geschlossenheit die Zuhörer beeindruckte.

Der Vormittag des letzten Tages (22. 5.) war der Zusammenfassung der *Schlußdiskussion* gewidmet. Dabei ergab sich auch die Gelegenheit, einige Mißverständnisse und offen gebliebene Fragen zu klären. Dazu gehörte die Wirkungsweise der Umlaufsicherung, welche auch die Banken zu rascher Weitergabe des eingezahlten Bargeldes veranlaßt, aber nicht direkt über die meist mit Giralgeld getätigten Unternehmer-Dispositionen (als »Druck«) das Wirtschaftsleben steuert, sondern über die vorwiegend mit Bargeld wirksame Konsumenten-Nachfrage (als »Sog«); des weiteren der Vorwurf eines angeblich auf der Tagung vertretenen monetären Monokausalismus, während doch die vorgeschlagenen Wirtschaftsreformen außer einer funktionsfähigen Geldordnung ebenso die Lösung des Bodenproblems, die Verwirklichung eines möglichst vollständigen freien Wettbewerbs und eine geeignete Wirtschaftspolitik voraussetzen; ferner die vielfältigen Interdependenzen zwischen objektiven und subjektiven Faktoren, wobei das subjektive Verhalten weder durch Verabsolutierung der homo-oeconomicus-Hypothese noch durch unangemessene moralische Postulate einseitig, also

falsch interpretiert werden darf; schließlich die Frage nach dem Verhältnis zwischen theoretischem Modell und faktischer Wirklichkeit, insbesondere die Frage nach Chancen und Grenzen grundsätzlicher Realisierbarkeit und derzeitiger politischer Durchsetzbarkeit wirtschaftlicher Modellvorstellungen.

Zeitkommentare

Belebung der Nachfrage – aber wie?

Nach dem überaus unerquicklichen ersten Halbjahr 1977, das – von allen anderen Unerfreulichkeiten abgesehen – weder auf der Seite der SPD/FDP-Regierungskoalition noch auf der Seite der CDU/CSU-Opposition ein auch nur halbwegs ordnungspolitisch orientiertes Konzept zur Wiedergewinnung von Stabilität *und* Vollbeschäftigung in freier sozialer Marktwirtschaft gebracht hat, endlich ein zarter Silberstreif am konjunkturpolitischen Horizont!

Unter der Federführung von Bundeswirtschaftsminister Hans *Friderichs* hat eine *FDP-Programmkommission* mehrheitlich, wenn auch gegen erheblichen Widerstand aus den eigenen »linkeren« Reihen, ein Grundsatzprogramm, »*Grundzüge liberaler Wirtschaftspolitik*«, erarbeitet, das man – vom Wortlaut her – als ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft werten kann. In dem Programm wird zwar, wie immer bei Friderichs, vor allem einer Politik des Wirtschaftswachstums das Wort geredet, »zwecks Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und Erweiterung der persönlichen Freiheit«, es wird aber auch nicht minder deutlich allen dirigistischen Formen der Beschäftigungs- und Verteilungspolitik eine Absage erteilt.

In den »Leitlinien« dieses Grundsatzprogramms spricht Friderichs ausdrücklich von der Notwendigkeit einer »*Reform des Kapitalismus*«. Die Ungleichheiten in der Erlangung von wirtschaftlichen Vorteilen und die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht müßten abgebaut werden, damit unsere Wirtschaftsordnung nicht nur leistungsfähiger, sondern auch menschlicher werde. Die Erweiterung der persönlichen Freiheiten der Bürger, die Stärkung der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative werden betont als Ziele liberaler Wirtschaftspolitik herausgestellt.

Gewiß, das sind großenteils Gemeinplätze, die man auch bei anderen Parteien finden kann. Aber die Konsequenzen daraus sind bei Friderichs doch ziemlich eindeutig: Grundlage liberaler Wirtschaftspolitik kann allein der *Markt* und der freie, das heißt der wirklich frei funktionierende *Wettbewerb* sein. *Aufgabe des Staates* könne es daher nur sein, den *Ordnungsrahmen* zu gestalten und vor allem die Freiheit des Wettbewerbs zu sichern, wobei es vor allem auch auf die *Kontinuität und Stetigkeit* der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen ankomme, um das *Vertrauen* der Wirtschaft in die Konstanz der Rahmendaten des Staates wiederherzustellen und damit die Voraussetzung für alle längerfristigen Planungen der Wirtschaft zu schaffen.

Der Staat also soll die Wirtschaftsordnung auf Dauer garantieren, *das Wirtschaften selbst* aber darf nicht seine Sache sein. Deshalb lehnt die FDP-Programmkommission jede Form staatlicher Investitionslenkung ab – ganz abgesehen davon, daß jede Art der Investitionsmittelbereitstellung durch den Markt in jedem Falle einer Investitionslenkung durch staatliche Instanzen weit überlegen ist.

Was aber *das Wichtigste* des Friderichs-Programms ist, das ist *der konjunkturpolitische Ansatz* zur Wieder-

belebung der Beschäftigung: klar und eindeutig wird die »*Belebung der Nachfrage*« genannt. Wichtige Voraussetzung hierzu sei ein »angemessenes Wirtschaftswachstum«, das entscheidend von den privaten und öffentlichen Investitionen getragen werde. Sollten die Investitionen nicht ausreichen, *obwohl die Ersparnisse im Verhältnis zum Einkommenszuwachs überproportional ansteigen*, müsse die Möglichkeit geprüft werden, nachfragehemmende Steuerbelastungen abzubauen und sparfördernde Maßnahmen einzuschränken. Soweit öffentliche Investitionen, die die privaten Investitionen stimulieren könnten und gleichzeitig zur Besserung der Beschäftigungssituation beitrügen, erforderlich seien, sollte der Staat *Sparmittel der Bürger, die nicht in der privaten Wirtschaft investiert werden, nutzen.*

* * *

Soweit die Vorschläge der FDP-Grundsatzkommission, über die im Herbst die Gesamtpartei abstimmen soll. Gewiß, auch hier wird *das Kernproblem der Marktwirtschaft, die Sicherung des stetigen Wirtschaftskreislaufs durch Sicherung der Nachfrage*, ohne jeden Staatseingriff, mit monetären Mitteln allein, eben jene »Nutzung der Sparmittel der Bürger, die nicht in der privaten Wirtschaft investiert werden«, noch nicht klar genug angesprochen. Überdies würden zusätzliche öffentliche Investitionen, finanziert aus Kapitalmarktmitteln, unvermeidlicherweise den Zinssatz in die Höhe treiben oder zumindest dessen Absinken je nach der Schwäche der Nachfrage verhindern und dadurch der privaten, vor allem der mittelständischen Wirtschaft die Möglichkeit zur Aufnahme von noch rentierlichen Krediten einschränken. Aber daß die »*Belebung der Nachfrage*« überhaupt als *zentraler Punkt* herausgestellt wird und daß man sie nicht mit zusätzlichen Bundesbank-Mitteln (durch »deficit spending«, dessen unmittelbare Folge der Fortgang der Inflation wäre) erreichen will, sondern durch *Aktivierung der zuviel gesparten, nicht »umlaufenden« Mittel* – ja, daß überhaupt einmal wieder ein Politiker ein einigermaßen geschlossenes ordnungspolitisches Konzept zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung in Freiheit vorlegt – ist das nicht tatsächlich doch ein Silberstreif am düsteren konjunkturpolitischen Horizont?

Freilich, ob es Bundeswirtschaftsminister Friderichs gelingen wird, sein Programm unverändert durch alle Diskussionen und Anfeindungen, sowohl seitens des ultra-linken Helga Schuchardt-Flügels als auch seitens der Staatssekretär Baum-»Perspektivkommission« seiner Partei, hindurchzubringen und schließlich gar zum Regierungsprogramm der sozial-liberalen Koalition zu erheben, ist eine andere Frage.

* * *

Der Programmentwurf der »*Perspektivkommission*« *der FDP unter Staatssekretär Baum vom Innenministerium* fordert *gezielte Maßnahmen des Staates* überall dort, wo *größtmögliche* und gleichberechtigte Freiheit und Sicherheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit für alle Bürger nicht im Wege des »Selbstlaufs« erreicht werden könnten. *Sozialer Liberalismus* erfordere, daß sich das wirtschaftliche Handeln nicht nur an der Erhöhung des materiellen Lebensstandards orientiere, sondern stärker an qualitativen Maßstäben, vor allem an »*sozialen Indikatoren*« wie der »Umweltverträglichkeit«, der »Humanität der Arbeitsbedingungen«, dem Angebot von »gesellschaftlich erwünschten Gütern und Diensten«. Ziel einer sozial ver-

pflichteten Wirtschaftspolitik könne allein die »*Optimierung des sozialen Nutzens*« sein. Am deutlichsten wird der Gegensatz zu Friderichs' Grundsatzprogramm in der Beschäftigungspolitik. Dort müsse der *Staat* neue Wege einer *gezielten Struktur- und Arbeitspolitik* gehen, um Wachstum mit stärkerer Beschäftigung zu verbinden. Die *Öffentliche Hand* sollte, mindestens für eine begrenzte Zeit,stellvertretend für die private Wirtschaft, Nachfrageanreize geben, und wenn nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten, müßten auch Maßnahmen zur *Reduktion der Lebensarbeitszeit* ergriffen werden.

* * *

Der inzwischen in Erscheinung getretene *FDP-Bundesfachausschuß für Wirtschaft,* wie er sich nennt, ohne freilich die Zustimmung der Gesamtfraktion der FDP zu finden, sieht als Ursache der Arbeitslosigkeit *übersteigerte soziale Absicherung* und *zu hohe Lohnnebenkosten* und empfiehlt Einsparung öffentlicher Mittel und deren Überlassung den Unternehmen zur Stärkung der Investitionsneigung.

* * *

Noch entschiedener als die Baum'sche FDP-»Perspektivkommission« will die *SPD* verstärkt mit strukturpolitischen, dirigistischen Maßnahmen die Arbeitslosigkeit beseitigen. Unter dem Stichwort »*vorausschauende Strukturpolitik*« wird die Bildung von »Strukturräten« gefordert, die weitgehende Eingriffsmöglichkeiten in den Wirtschaftsablauf und in die privaten Investitionsplanungen erhalten sollen. Ferner sollen die »*Strukturräte*« Empfehlungen zu den strukturellen Auswirkungen der Geld- und Kreditpolitik sowie der Währungs- und Handelspolitik abgeben. Als Voraussetzung dazu wird eine Verbesserung der Informationen über strukturelle Entwicklungen gefordert, und die Bundesregierung wird aufgefordert, eine regelmäßige *Strukturberichterstattung* zu erarbeiten. Darüber hinaus wird der Ausbau des bisherigen strukturpolitischen Finanzierungsspielraumes empfohlen. Zur Stärkung der Beschäftigungspolitik soll die Öffentliche Hand zu höheren Kreditaufnahmen ermächtigt werden. Zur Förderung strukturpolitischer Investitionen wird die Errichtung eines »*Strukturfonds*« angeregt. Schließlich soll die Bundesbank ihr kreditpolitisches Instrumentarium um eine »*Aktivreserve*« ergänzen, die auf Auftrag der Bundesregierung verwendet werden kann.

* * *

Nicht minder staatsvertrauend-dirigistisch sind die Vorstellungen führender Persönlichkeiten des *DGB.* Hohes *Wachstum* der Wirtschaft, *Steigerung der Massenkaufkraft, Senkung der Lohnsteuer, staatliche Investitionen* heißen ihre wichtigsten Forderungen. Mit vorzeitiger Pensionierung, *Abbau der Arbeitszeit,* Weiterzahlung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für vorzeitig ausscheidende Arbeiter, *öffentlicher Investitionskontrolle,* Unterordnung der jeweiligen Konzernstrategien unter eine auf Beschäftigung gerichtete Regionalplanung, *staatlicher Garantie der Arbeitsplätze,* Übernahme von Kapitalanteilen an solcherart unterstützten Werken durch die öffentliche Hand usw. glaubt insbesondere *IG Metall-Chef Eugen Loderer* die Arbeitslosigkeit erfolgreich überwinden zu können.

* * *

Und die *CDU?* Ihr neuer *Generalsekretär Heiner Geißler* stellt in seinem »Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung« fest: »Der *Schlüssel*

für neue Arbeitsplätze liegt bei den *Investitionen*. ... Voraussetzung hierfür ist eine nachhaltige *Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen*. . . . Die Zangenbewegung zwischen steigenden Produktionskosten und wachsenden Abgaben muß gestoppt werden. An dem *Zusammenhang zwischen Lohnhöhe, Beschäftigung und Wachstum* kann auf die Dauer niemand vorbei, wenn Vollbeschäftigung wieder erreicht werden soll«. »Nur durch eine *verläßliche, das heißt langfristig ausgerichtete Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik* kann die Grundlage für neues *Vertrauen* geschaffen werden«.

Was aber schlägt Geißler an »*Maßnahmen zur Bekämpfung der Investitionskrise*« vor? Neben einer Verbesserung der degressiven Abschreibung und *Senkung der Gewerbekapital-, Lohnsummen- und Vermögenssteuer* eine *langfristige Erhöhung der öffentlichen Investitionen,* wozu die Finanzierungsmittel durch eine »energische Durchforstung aller öffentlichen Haushalte« geschaffen werden müßten, sowie durch »Dämpfung der Sozialkosten«; Appelle an die Verantwortung der Sozialpartner; Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen; Verbesserung des Lehrstellenangebots; Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen im Sozial- und Bildungsbereich; Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit; Finanzierungshilfen für Existenzneugründungen; und schließlich Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld.

Als »*Flankierende Maßnahmen*« hierzu schlägt Geißler weiter vor: Erziehungsgeld; Berufsbildungsjahr; vorübergehende Herabsetzung der »flexiblen« Altersgrenze unter Erhöhung der Bundeszuschüsse an die Bundesversicherungsanstalten; Arbeitszeitverkürzung unter einvernehmlicher Mitwirkung der Tarifparteien; und schließlich Hilfen zur Wiedereingliederung ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer.

Unabhängig von diesem Programm fordert der CDU-Vorsitzende *Helmut Kohl* »Wachstum und Förderung der Investitionstätigkeit der Unternehmer durch Verbesserung ihrer Gewinnlage«. Im übrigen beschränkt er sich darauf, Kritik an den Vorstellungen und Maßnahmen der SPD zu üben.

Im Gegensatz dazu hält der *Geschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, Hasinger,* das neue DGB-Programm für ein »beachtliches Konzept«. Er stimmt dem DGB darin zu, die Steigerung der Massenkaufkraft herbeizuführen durch Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Ferner fordert er öffentliche Subventionierung staatlicher und privater Investitionen.

Soweit die derzeitigen Programme, Vorschläge und Forderungen der Vertreter unserer politischen Parteien. Man kann sich leider kaum des Eindruckes erwehren, daß es den verschiedenen Politikern weniger darauf ankommt, die Vollbeschäftigung in der bestehenden Marktwirtschaft wiederzugewinnen, als darauf, unter dem Deckmantel dieser Zielangabe ihre jeweils ganz besonderen Vorstellungen von einer Wirtschaft, wie sie sie sich wünschen, zu verwirklichen.

Ganz offensichtlich machen sich aber alle, die erweiterte *Eingriffe des Staates oder mächtiger Gruppen* in die Wirtschaft verlangen, nicht klar, daß sie damit *nicht nur gegen die Grundprinzipien der Marktwirtschaft verstoßen* und diese letztlich völlig aus den Angeln heben, *sondern* daß sie damit *auch* einer zwangsläufig immer weiter um sich greifenden *Bürokratie und Planwirtschaft das Wort reden,* an deren Ende die völlige wirtschaftliche Unfreiheit und Interesselosigkeit des Einzel-

nen mit allen daraus sich wiederum ergebenden Folgen für die Funktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft stünden.

Schon jetzt kann man doch bei unserer »Sozialen Marktwirtschaft« keineswegs von einer echten freien Marktwirtschaft sprechen, in der alle Wirtschaftspartner einander gleichgewichtig, frei gegenüberstehen und in der allein das freie Angebot und die freie Nachfrage freier Partner den Wirtschaftsablauf bestimmen. Wieviel unfreier und noch weit mehr als jetzt von seinem wahren Selbst entfremdet stünde der Einzelne erst dann nach Einführung immer weiterer Staatseingriffe da! Und schon jetzt sind doch die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Marktwirtschaft gerade dadurch beeinträchtigt, daß der Staat und mächtige Gruppen von außen her in die Wirtschaft hinein dirigieren! Es ist deshalb im höchsten Grade unfair, der Marktwirtschaft die Schuld an der heutigen Misère der Arbeitslosigkeit zuzuschreiben. *Nicht die Marktwirtschaft ist schuld, sondern die zahllosen Eingriffe in die Marktwirtschaft!*

* * *

Die jahrelange Unterbewertung der D-Mark als Folge des in *Bretton Woods* festgelegten internationalen Währungssystems der festen Wechselkurse hat zu *schwerwiegenden Fehlentwicklungen* in unserer Wirtschaft geführt: enorme Exportüberschüsse, ungeheure Kapazitätsausweitungen, Zustrom von Gastarbeitern – Übervollbeschäftigung, Ansteigen des Lohnniveaus hinter dem Schleier der falschen Währungsparitäten weit über das vergleichbare Lohnniveau anderer Industrieländer hinaus.

Eine weitere Folge der festen Wechselkurse: »Import« der ausländischen Inflationen, spekulative Devisenzuströme, die in D-Mark konvertiert werden mußten, *Ansteigen der im Umlauf befindlichen Gesamtgeldmenge über den Bedarf einer auf Stabilität gerichteten Währungspolitik hinaus.* Die Folge dieser inflationären Geldmengenvermehrung wiederum war: Flucht in die Sachwerte, ins Betongold, Bauboom, Lohnerhöhungen, außerordentliche Erhöhung der Lohnnebenkosten, Ausuferung der Sozialgesetzgebung, allzu großzügige Arbeitslosenversicherung. Kurzum, eine *Reform-Euphorie* ohnegleichen, mit der weiteren Folge einer »Anspruchsinflation«, die ebenfalls ohne jedes Vorbild ist: der Mensch eingebettet von der Wiege bis zur Bahre in das staatliche Vor- und Fürsorge-Netz! Woran aber eben nicht die Bürger schuld sind, sondern die Politiker und Gesetzgeber, die eben dieses *»Soziale Netz«* ausgebreitet und dadurch die Bürger – die es ja mit ihren Steuern und Beiträgen jeweils schon im voraus bezahlen müssen! – geradezu veranlaßt haben, auch davon Gebrauch zu machen.

* * *

Und dann kam, Anfang 1974, nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems als Folge der sich überschlagenden Devisen-Spekulationswellen aus den Inflationsländern in die Bundesrepublik mit der *Freigabe der Wechselkurse* und in Verbindung mit einer *strikten auf Stabilität gerichteten Geldmengenpolitik* der Bundesbank etwa im Sinne Milton Friedman's die Stunde des jähen Erwachens: Exportrückgang, Importanstieg, Insolvenzen, Konkurse, Firmenzusammenbrüche, Konkurrenzunfähigkeit ganzer Branchen dem Ausland gegenüber – und daraus resultierend die *Arbeitslosigkeit.*

Und nun stehen die Politiker buchstäblich hilflos da: ja, so haben sie es nicht gewollt; da kann nur das Ausland dran schuld sein; oder die Öl-

scheichs, oder die Kapitalisten; oder – und dies vor allem – die Marktwirtschaft und immer wieder die Marktwirtschaft.

Wäre es nicht richtiger, die *Ursachen der Arbeitslosigkeit* da zu suchen, wo sie vielleicht eher zu finden sind? Vielleicht in den Sprüngen unserer *Währungs-*, vor allem aber unserer *Wechselkurs-Politik?* Und in der dadurch ermöglichten und induzierten *weit überzogenen Lohn- und Sozialpolitik*, die – je weiter die Kaufkraft des Dollars und anderer Devisen und damit deren Wechselkurse im Verhältnis zur D-Mark fallen – zu einer immer weiteren Steigerung unseres Lohn- und dadurch Gesamtpreis-Niveaus dem Ausland gegenüber führen und so den Export allmählich unmöglich machen und – andererseits – immer neue Importgüter in die Bundesrepublik hineinziehen? Und vielleicht auch in der *Tarifautonomie* in Verbindung mit Willy Brandts *»Vollbeschäftigungsgarantie«?*

Wenn bei konsequenter, nicht expansiver, sondern auf Stabilität gerichteter Geldmengenpolitik der Bundesbank (die ja ausdrücklich betrieben wird, um zu stabileren, gesunderen Wirtschaftsverhältnissen zurückzugelangen), einer Währungspolitik ohne Geldumlauf- und damit ohne Konjunktur-Sicherung also, die *Reallöhne* infolge der *Arbeitsmonopol-Position des DGB stärker steigen als die Produktivität der* Wirtschaft, dann kommt zwangsläufig eines Tages der Punkt, an dem die Unternehmen in die Verlustzone geraten, ihren Kreditverpflichtungen nicht mehr nachkommen oder zumindest keine neuen Kredite mehr aufnehmen bzw. nicht mehr weiter investieren können, weil sie ihre gestiegenen Kosten nicht mehr in den Preisen weitergeben können. Damit ist dann aber genau der Punkt erreicht bzw. unterschritten, der gerade *nicht* erreicht werden dürfte, wenn man eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschaftspolitik treiben will, nämlich die *Rentabilitätsgrenze*, der *entscheidende Krisenpunkt.* Somit wird durch eine Lohnpolitik, die diese *Grenze der »Belastbarkeit«* der Wirtschaft nicht beachtet, genau das Gegenteil dessen erreicht, was man erreichen wollte. – Sollte sich DGB-Chef Heinz Oskar Vetter über diese Zusammenhänge wirklich nicht im klaren sein?

Wie soll es nun weitergehen? Die *Löhne* kann man jetzt, nachträglich, nicht mehr zurückschrauben. Aber man kann ihr weiteres Ansteigen solange abbremsen, bis das Lohnniveau und die Wirtschaftsproduktivität wieder ins Gleichgewicht gekommen sein werden. In der *Sozialpolitik* sind ebenfalls nur kleine Korrekturen möglich. Wichtig wäre hier in erster Linie der Abbau in den Bereichen der Zwangsversicherungen und Zwangsversorgung, *damit* der Einzelne aus dem Zustand der Unmündigkeit befreit wird und sich selbstverantwortlicher als bisher verhalten kann. Milliardenbeträge, die heute durch den überzogenen Wohlfahrtsstaat vergeudet werden, würden dadurch für wichtigere staatspolitische Aufgaben und für die Herabsetzung der Lohn- und Einkommensteuer frei werden.

Der Vorschlag der *Arbeitszeitverkürzung* ist völlig abwegig. Denn je weniger gearbeitet wird, desto kleiner wird das Gesamt-Sozialprodukt; desto geringer die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten; desto weiter sinkt die Rentabilität der Betriebe; desto »uninteressanter« werden Neuinvestitionen. Da überdies die freigesetzten Arbeitskräfte keine niedrigeren Einkommen aus der Arbeitslosenversicherung und/oder den Rentenversicherungen bekommen sollen, würden

Arbeits- und Lebensarbeitszeitverkürzung und die dadurch verursachte zusätzliche Produktivitätsschrumpfung einen noch rascheren Fortgang erneuter Teuerung zur Folge haben. Die Rückführung der Gastarbeiter in ihre Heimatländer würde in die gleiche Richtung wirken – so sehr sie auch im Interesse der Heimatländer der Gastarbeiter aus soziologischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig wäre.

Der *Strukturwandel* wird sich in jedem Falle fortsetzen. Er wird sich aber umso reibungsloser vollziehen, je mehr er den Kräften des Marktes und der Wirtschaft selbst überlassen bleibt und je weniger irgend einer Art staatlicher Lenkung. Wo immer der Staat direkt in die Wirtschaft eingreift, entstehen Fehlplanungen und eine oftmals unglaubliche Vergeudung von Arbeit, Zeit und Finanzmitteln. Der Strukturwandel wird zur Folge haben, daß wir immer mehr Importe aus Niedriglohnländern hinnehmen müssen.

Aber gerade deshalb ist der Ruf nach einem *Rationalisierungsstop* völlig abwegig. Nicht nur, daß Rationalisierungen nicht nur Arbeitskräfte freisetzen, sondern auch neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen, sie bringen überhaupt erst die Voraussetzung dafür, daß wir das erreichte hohe Lohn- und Einkommensniveau halten können und Kräfte freibekommen für den Ausbau unseres so sehr vernachlässigten gesamten Kulturbereichs vom Umwelt- und Landschaftsschutz bis hin zu Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kunst.

Ganz absolut verfehlt wäre aber eine Verlagerung der Wirtschafts- und Investitionstätigkeit von den Privaten ob groß oder klein auf den *Staat:* der Fortgang der Stagnation auf allen Gebieten wäre geradezu vorprogrammiert!

Worauf kommt es denn an, wenn die Konjunktur daniederliegt? Wenn die Nachfrage zurückbleibt, obwohl die Geldmittel dafür vorhanden sind? Wenn die Wirtschaft nicht deshalb investiert, weil sie böswillig ist, sondern weil sie weitere Investitionen nicht finanzieren kann, weil sie die Zinsen dafür nicht aufbringen kann? Auf die *Belebung der Nachfrage* kommt es an. Das hat Bundeswirtschaftsminister Friderichs vollkommen richtig erkannt.

* * *

Aber während alle Welt nach »Wachstum« ruft und nach mehr Investitionen in der Wirtschaft, direkt oder indirekt durch den Staat und durch Staatsverschuldung finanziert, glauben wir, daß zunächst und vor allem die *Nachfrage nach Konsumgütern* aller Art belebt werden sollte. Und zwar die *private* Nachfrage. Unsere Bedürfnisse sind doch noch in gar keiner Weise befriedigt: nicht nur unsere eigentlichen Konsumbedürfnisse, sondern weit mehr noch unsere *kulturellen Bedürfnisse* im weitesten Sinne. Hier gäbe es doch geradezu unendliche Möglichkeiten für Aktivitäten jeglicher Art. *Aber gerade hier fehlt das Geld! Warum?* Weil unsere *Ersparnisse* – über den Sparkassen- und Banken-Kapitalmarkt – nur in solche Projekte fließen, sich nur für solche Investitionen zur Verfügung stellen, die eine *»angemessene« Verzinsung* erwarten lassen. Und das sind allein die Wirtschaftsbetriebe aller Art, gerade nicht aber *Bildungsstätten, Kunst- und Wissenschaftsförderung, Kunsthandwerk jeder Art* usw. Soweit diese Projekte heute bereits Förderungsmittel erhalten, werden sie fast ausschließlich von Bund, Ländern und Gemeinden im Steuerwege aufgebracht und nur allzu häufig an Bedingungen geknüpft, die eine freie erzieherische,

wissenschaftliche, kunsthandwerkliche und künstlerische Entfaltung beeinträchtigen, wenn nicht gar ausschließen. Ganz abgesehen davon, daß der Gesamtbetrag der Mittel, die auf diese Art von den Öffentlichen Händen bereitgestellt werden, bei weitem zu klein ist, um die unendlichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Es müßte deshalb ein Weg gefunden werden, die *Belebung der Nachfrage durch die Privaten* derart zu gestalten, daß sie sich nicht nur auf den Konsumgütermarkt im engeren Sinne auswirkt, sondern auf den gesamten »*Kulturgütermarkt*«. Und hier könnten dann auch in kurzer Frist die hunderttausende frustrierter Akademiker, die in der Wirtschaft und im staatlich organisierten Kulturbereich keine Stelle finden, zum Wohle unserer Gesamtgesellschaft bestens untergebracht werden. Welches wäre dieser Weg?

Doch zunächst ein *Einwand.* Es wird, zumal von amerikanischen Optimisten, behauptet, daß bereits die *Belebung des Konsums im engeren Sinne* ausreiche, die Konjunktur wieder in Gang zu bringen; daß sich deshalb alle weiteren Anstrengungen erübrigten. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Auslastung der bereits vorhandenen Kapazitäten zur Zeit so gering ist, daß selbst ein sehr kräftiger Nachfragestoß nicht ausreichen würde, die Unternehmen zu Neuinvestitionen zu veranlassen, da bei der zunehmenden Konkurrenz sowohl vom Inland wie vom Ausland her die Verzinsung des neu aufzunehmenden Kapitals keineswegs gesichert ist. Die Belebung der Nachfrage nach Konsumgütern allein (durch Steuersenkungen, Konsumentenkredit-Verbilligung usw.) würde also noch nicht auf den Investitionsgütermarkt durchschlagen.

Was aber dann? Inflation? Dann wären alle Anstrengungen der vergangenen Jahre, endlich wieder zu Stabilität und zu einer gesicherten Grundlage für die Gesundung der Wirtschaft zu gelangen, vergebens gewesen. Könnte man unter diesen Umständen nicht einen Ersatz für die Inflation finden, der zwar *die stimulierende Wirkung der Inflation* beibehielte, der jedoch nicht den Nachteil des Stabilitätsverlustes zur Folge hätte und der überdies noch eine weiterreichende Wirkung als die Inflation – eben in Richtung auf den »Kulturgütermarkt« – hätte?

Könnte man zum Beispiel nicht seitens der Bundesbank den *Diskontsatz* von jetzt 3,5% noch weiter *senken,* auf 2%, auf 1%? Das würde doch zu einer allgemeinen weiteren Zinsverbilligung führen und somit viele Unternehmer veranlassen, Investitionen vorzunehmen, die bei den jetzigen Zinssätzen unmöglich sind. Und es würde vor allem auch die Gemeinden in die Lage versetzen, zahllose dringende Maßnahmen zu ergreifen, an die zur Zeit überhaupt nicht gedacht werden kann.

Und könnte man nicht, wenn solche Diskont- und Zinssenkung immer noch keine ausreichende Belebung der Investitionen zeitigt oder wenn sie zu einer allgemeinen Zurückhaltung der potentiellen Anleger, also zu einer »*Bevorzugung der Liquidität*« führen sollte, die gesamte im Umlauf befindliche *Notenbankgeldmenge* zu einem *Aufgeld-pflichtigen Umtausch* aufrufen, dergestalt, daß etwa 100.– neue D-Mark gegen 105.– bis 110.– alte D-Mark eingetauscht würden? Würden dann nicht Milliarden potentieller, aber zur Zeit praktisch ruhender Nachfrage zur *wirksamen Nachfrage*? Zur wirksamen Nachfrage weit über den herkömmlichen Konsum- und Investitionsgütermarkt hinaus bis weit in einen heutzutage überhaupt noch kaum erschlossenen Kulturgütermarkt hinein –

Erziehung, Bildung, Kunsthandwerk und Kunst, Wissenschaft und Forschung, Reinhaltung der Flüsse, Landschafts- und Umweltschutz und schließlich Entwicklungshilfe – überall wird Geld gebraucht! Und das Geld ist da! Nur kommt es nicht stetig in Umlauf, weil der Zins ihn hemmt. Sollte man nicht also endlich den Aufgeld-pflichtigen-Geldumtausch-Gedanken aufgreifen und verwirklichen? Die Mittel dazu, eine komplette Reserve-Währung, stehen bei der Bundesbank bereit. *Sollte man sie nicht einsetzen – ehe eine politische Katastrophe über uns kommt?*

Fritz Penserot

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Felix G. Binn	Prof. Dr. rer. pol., Fachhochschule Niederrhein Krefeld, Viersen
Fritz Penserot	6570 Kirn/Nahe, Dhauner Straße
Ernst Winkler	Dr. phil., 8023 Pullach, Mozartstraße 7

Vorankündigung für Heft 128/V 1977

Alois Graf Waldburg-Zeil	Bietet das neue Schulrecht in Baden-Württemberg einen Ansatz zur Humanisierung der Schule?
Johannes Flügge	Sozialverhalten, soziale Verantwortung und sozialkundlicher Unterricht
Lothar Vogel	Was ist eine humane Schule?

Voraussichtlicher Veranstaltungskalender ab Herbst 1977 bis Herbst 1978

30. 9. – 2. 10. 1977 in Bonn oder Umgebung	Systemvergleich DDR – Bundesrepublik Deutschland in Gesundheitspolitik und Sozialgesetzgebung (einschließlich Kostendämpfungsgesetz) – Vorschläge zur Neugestaltung des Krankenkassenwesens auf der Grundlage von Selbstverantwortung. Das Patient–Arztverhältnis als freier Vertrag, Selbstverantwortung, Selbstkontrolle im Rahmen der Sozialversicherung – Die Gesamtverantwortung des Menschen
31. 10. – 2. 11. 1977 Evang. Akademie Bad Boll	Gehen im Jahr 2000 die Lichter aus? – Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –
6. 1. – 8. 1. 1978 Evang. Akademie Bad Boll	Die gesellschaftspolitischen Folgen des politischen, und weltanschaulichen Extremismus
24. 2. – 26. 2. 1978 in Berlin	Gesundheitspolitische Tagung in Berlin als Systemvergleich DDR – Bundesrepublik Deutschland – Vorschläge zur Neugestaltung des Krankenkassenwesens auf der Grundlage von Selbstverantwortung. Das Patient–Arztverhältnis als freier Vertrag, Selbstverantwortung, Selbstkontrolle im Rahmen der Sozialversicherung –.
31. 3. – 2. 4. 1978 Bad Boll oder Umgebung	Föderalismus oder Zentralismus im europäischen Bildungswesen
18. 5. – 20. 5. 1978 Pol. Akademie Eichholz	Wirtschaftskrisen und ihre Überwindung – Das Problem der Vollbeschäftigung – (Zur Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit)
13. 7. – 24. 7. 1978 Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes, Herrsching/A.	Die Gesamtverantwortung des Menschen a) Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch b) als Bildungsinhalt und Bildungsziel – Der Zusammenhang zwischen Kulturwissenschaft und Sozialanthropologie: der Beitrag der Ökonomie, Arbeits- und Berufserziehung, Soziologie, Politik, Recht, Pädagogik, Literatur, Wissenschaftslehre (Philosophie), Ästhetik u. a.
Oktober/November 1978	Die Interdependenz von Kultur, Religion und Wissenschaft und ihre soziale Bedeutung

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift,
Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 30.–, sfr. 30.–, ö. S. 220.–
inclusive Versandkosten
Einzelhefte: DM 5.50, sfr. 5.50, ö. S. 37.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 / BLZ 61050000

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 261404-602
Schweiz: 30-30731 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7939686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck Göppingen